

SOLIDARNOŚĆ

BERICHT ÜBER DIE IMB-MISSION NACH POLEN

C 83 - 1072

3.-11. DEZEMBER 1980



C 83-1072

Die Ereignisse in Polen haben in der ganzen Welt Aufsehen erregt. Der Kampf und die Errungenschaften der polnischen Arbeiter seit der ersten Streikwelle im Spätsommer 1980 bilden einen der historischen Siege der Organisation der Arbeiterklasse in diesem Jahrhundert. Ganz unabhängig vom jeweiligen politischen Standpunkt des einzelnen gibt es wohl keinen einzigen Gewerkschafter in dieser Welt, der den Kampf um unabhängige demokratisch verantwortliche Gewerkschaften in Polen nicht vorbehaltlos unterstützt hätte.

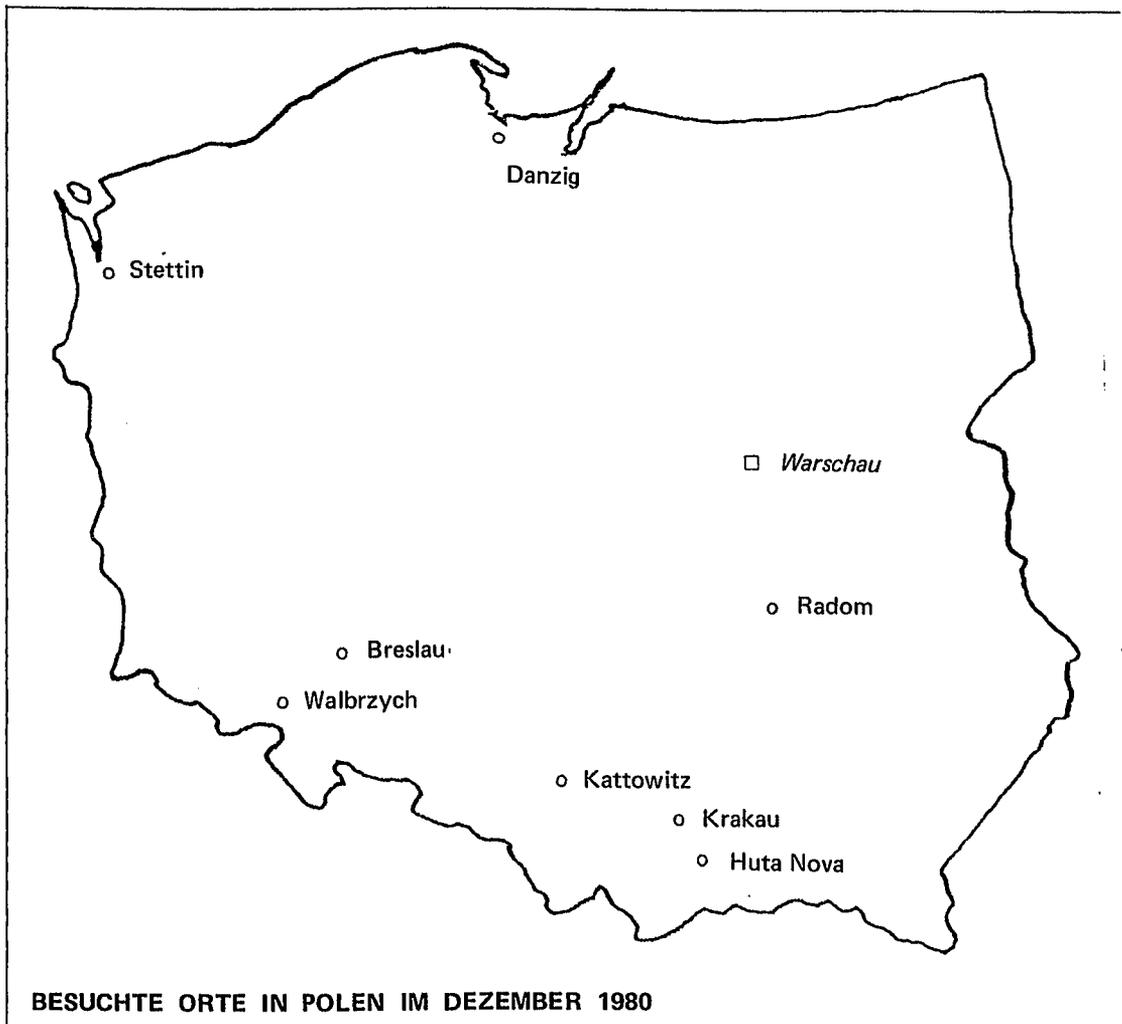
1980 wird als Jahr von Lech Walesa in die Geschichte eingehen, doch weiss jeder Gewerkschafter, dass eine erfolgreiche gewerkschaftliche Organisation weit über den einzelnen hinausgeht. Bei der Berichterstattung über die Ereignisse in Polen bestand eine Neigung, sich auf Warschau und Danzig zu konzentrieren und die Ausbreitung von Solidarität über ganz Polen als breitere Bewegung zu ignorieren.

Deshalb begab sich ein Mitglied des IMB-Sekretariats im Laufe eines Besuches in Polen in Städte und Betriebe, um dort mit Arbeitern und andern zu sprechen, in dem Versuch, zu beurteilen, was innerhalb Polens gewerkschaftlich geschieht. Dieser Besuch fand vom 3. bis 11. Dezember statt, also in einer Zeit, wo grösste Spannung über eine mögliche sowjetische Intervention herrschte. Diese Bedrohung wird nicht abklingen, ebensowenig wird aber die Entschlossenheit der polnischen Arbeiter, ihre eigene Gewerkschaftsorganisation aufzubauen, schwächer werden. Die Ereignisse in Polen bewegen sich sehr schnell, doch vermittelt dieser Bericht einen nützlichen Hinweis auf den Stand der gewerkschaftlichen Entwicklung in Polen Mitte Dezember 1980. Er verweist ebenfalls auf jene Bereiche, wo Solidarität unter Umständen schwerpunktmässig vorgehen muss, um die eigene Organisation zu stärken. Für den IMB entscheidend ist, dass er nun über eine klare Vorstellung darüber verfügt, welche nützlichen Beiträge die Mitgliedsverbände leisten können, ausgehend von den Bedürfnissen der polnischen Arbeiter selbst. Die Arbeiterschaft in Polen weiss um unsere Anteilnahme, unsere Freundschaft und unsere praktische Unterstützung bei ihrem bewundernswürdigen Aufbauwerk. Sie wissen, dass sie sich stets auf unsere Solidarität verlassen können.

Hermán Rebhan
Generalsekretär
Internationaler Metallgewerkschaftsbund

REISEPROGRAMM

- | | | |
|--------------|-------|--|
| 3. Dezember | | Ankunft in Warschau |
| 4. Dezember | | Walbrzych, Breslau |
| 5. Dezember | | Breslau, Unitra Elektronunternehmen
Kattowitz |
| 6. Dezember | | Krakau, Stahlwerke Lenin
Krakau, Kunstauktion von
Solidaritat |
| 7. Dezember | | Warschau |
| 8. Dezember | | Warschau, Fiat Polski,
Warschau, Ursus-Automobilwerke
Radom |
| 9. Dezember | | Stettin, Schiffswerft Warski
Stettin |
| 10. Dezember | | Danzig |
| 11. Dezember | | Ankunft Genf |



MKS	Überbetrieblicher Streikausschuss
MKZ	Überbetrieblicher Gewerkschaftsausschuss
MKR	Überbetriebliches Arbeiterkomitee
	Zur Zeit der August-Streikwelle haben einzelne Bezirke, die in den Streik traten, sogenannte MKS gebildet und dieser Name wurde entweder beibehalten oder zu MKZ oder MKR umbenannt.
NSZZ	Unabhängige selbstverwaltete Gewerkschaft
	Die wichtigste NSZZ ist die NSZZ "Solidarnosc" (Solidarität) ein rechtmässig eingetragener Name. Einige regionale oder betriebliche Gewerkschaften innerhalb von Solidarnosc nennen sich MKS (oder Z oder R) – NSZZ Solidarnosc und werden die Vorsilbe MKS aufgeben, sobald bezirkliche Wahlen durchgeführt worden sind und sie sich als restlos konstituiert betrachten können.
CRZZ	Die alte, nun aufgelöste Gewerkschaftszentrale
WRZZ	Regionale Sektionen von CRZZ
	Viele frühere Gewerkschaften haben nun den Namen NSZZ gewählt.
Wojewoda	Regionalpräfekt
Wojewodztwo	Region
	Es gibt 49 Regionen in Polen und der Regionalpräfekt hat erhebliche Machtbefugnisse.
Präsidium	Vorstand oder Exekutivausschuss
PZRP	Die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (Kommunistische Partei)

Lech Walesa	Präsident von Solidarität
Andrzej Gwiazda	Vizepräsident von Solidarität
Jacek Kuron	Gründer von KOR, Hauptberater von Solidarität
Ryszard Kalinowski	Vizepräsident von Solidarität; Präsident von Solidarität in Elblag
Kasimir Switon	Solidarität Kattowitz, vormals Gefangener (Amnesty International) aus Gewissensgründen
Witek Luczywo	Leiter der Druckerei, Solidarität Warschau
Janusz Bilinski	Solidarität Walbrzych
Karol Biaszrayk	Solidarität Walbrzych
Franciszek Gostomoryk	Solidarität Walbrzych
Jurek Wojcech	Solidarität Walbrzych
Jan Litynski	KOR-Berater für Solidarität Walbrzych
Krzysztof Turkowski	Vizepräsident der Solidarität in Breslau
Barbara Nabzdyk	Lampenfabrik Unitra, Breslau
Czeslaw Koztowski	Lampenfabrik Unitra, Breslau
Radoslaw Obst	Lampenfabrik Unitra, Breslau
Janusz Gorny	Solidarität Kattowitz
Adam Czerwinski	Solidarität Kattowitz
Andrzej Cyran	Vizepräsident von Solidarität Kattowitz
Sonik Boguslaw	Rechtsanwalt von KOR, Solidarität Krakau
Kasimir Kubowicz	Stahlwerke Lenin, Krakau
Jerzy Wlodarski	Stahlwerke Lenin, Krakau
Andrzej Hudosek	Stahlwerke Lenin, Krakau
Tadeuz Witacz	Fiat Polski, Warschau
Janusz Onyszkiewicz	Solidarität Warschau
Jan Pytas	Vorstandsmitglied von Solidarität Radom
Andrzej Daumas	Vorstandsmitglied von Solidarität Radom
Jacek Jesz	Vorstandsmitglied von Solidarität Radom
Janusz Skalski	Vorstandsmitglied von Solidarität Radom
Andrzej Sobieraj	Vorstandsmitglied von Solidarität Radom
Edmund Chojnacki	Vorstandsmitglied von Solidarität Radom
Ryszard Stakowski	Vorstandsmitglied von Solidarität Radom
Wlodzimierz Chichy	Vorstandsmitglied von Solidarität Radom
Maciek Stolwiski	Traktorenwerk Ursus, Warschau
Miroslaw Latka	Zeitung 'Jednosc' (Einheit), Solidarität Stettin
Jerzy Debniak	Zeitung 'Jednosc' (Einheit), Solidarität Stettin
Luzia Plaugo	Solidarität Stettin
Kasimierz Kostrzewski	Schiffswerft Warski, Stettin
Bogdan Batura	Schiffswerft Warski, Stettin
Alexander Krystosikia	Reparaturwerft Parnica, Stettin
Christopher Bobinski	Korrespondent der Financial Times in Polen
Helena Luczywo	Redakteurin, Robotnik

Allgemein erhält man den Eindruck, dass "Solidarität" (der volle Name ist NSZZ "Solidarnosc" – unabhängige selbstverwaltete Gewerkschaft "Solidarität") ausserordentlich fest begründet ist. Sie hat Mitglieder, verfügt über ein Einkommen, Büros, fachliche Beratung, steht vor vielen Aufgaben und ist von grosser Entschlossenheit, wengleich ihre Orientierung über das nächstliegende Ziel hinaus nämlich, "Solidarität voll zu organisieren" auch nicht völlig klar sein mag. Die Verbindung zum Katholizismus ist sehr stark. Auch der Hass gegen die Sowjetunion und die grosse Verachtung für die polnische kommunistische Partei sind deutlich spürbar, wenn auch nie öffentlich ausgesprochen. Obgleich die Führer von Solidarität auf allen Ebenen feierlich erklären, sie hätten mit Politik nichts zu tun, sondern seien lediglich "Verfechter der Arbeitnehmerrechte", ist klar, dass viele ihrer Forderungen – ein Ende der Zensur, öffentliche Kontrolle der Sicherheitsdienste, gerichtliche Verfolgung von Beamten des Sicherheitsdienstes, die an Unterdrückungsmassnahmen teilgenommen haben, die Aufdeckung von Korruption, eine einheitliche Regelung öffentlicher Einrichtungen wie Verkehr und Information über Rüstungsausgaben – weit über einfache materielle Forderungen der Gewerkschaften hinausgehen. Ein Mitglied von Solidarität in Kattowitz formulierte es so: "Wir müssen für die Wiederherstellung der staatsbürgerlichen Rechte und der Menschenrechte kämpfen, denn ohne diese gibt es keine Gewerkschaftsrechte".

Alle Mitglieder von Solidarität, mit denen ich gesprochen habe, waren sich des Drucks von aussen auf Grund ihrer geopolitischen Situation voll bewusst. Die meisten von ihnen verurteilen die geradezu hysterische Angst der westlichen Massenmedien vor einer möglichen sowjetischen Invasion. Zwar halten die meisten eine solche Invasion für unwahrscheinlich, niemand schliesst jedoch eine solche Möglichkeit völlig aus. Aus geschichtlicher Sicht werden Streiks als eine Fortsetzung des polnischen Kampfes um Unabhängigkeit von den vielen Ländern betrachtet, die diese Nation unterworfen haben. Viele der Veröffentlichungen von Solidarität enthalten längere Artikel über vergangene Kämpfe oder Ereignisse in der polnischen Geschichte, in denen die Freiheitskämpfe verherrlicht werden. Im Gespräch mit Mitgliedern von Solidarität, spürt man ungeachtet des Alters oder des Berufs des einzelnen schon nach wenigen Minuten ein intensives Nationalbewusstsein und eine starke religiöse Bindung. Kein Büro von Solidarität ist ohne Gewerkschaftsplakat oder Gewerkschaftsfahne, den polnischen Adler und ein Kreuzifix.

Ich bin in viele verschiedene Teile Polens gereist, habe mit alten und jungen Arbeitnehmern der verschiedensten Berufe gesprochen; beeindruckt hat mich immer wieder die grosse Übereinstimmung der Auffassungen. Ich kann aber keinerlei grössere Abweichungen zwischen Landesteilen oder Vertretern verschiedener Industrien oder Berufe berichten. Wie in allen Gewerkschaften gibt es selbstverständlich Gemässigte und solche, die militantere Auffassungen vertreten, doch gewinnt man als Beobachter den Eindruck, dass das Zusammengehörigkeitsgefühl stärker ist als die Gegensätzlichkeiten.

Man kann davon ausgehen, dass Solidarität etwa 80% der polnischen Arbeitnehmerschaft organisiert hat. Es werden Mitgliederlisten geführt, von denen ich eine für etwa 140 Betriebe im Büro von Solidarität in Krakau einsehen konnte. Bis heute werden noch keine Mitgliedskarten ausgegeben.

Solidarität arbeitet regional, ähnlich wie Wojewodztwo (Regionalbehörden). In den Regionalaussschüssen schienen mir Vertreter aus Fachberufen – Ingenieure, Komputerspezialisten, Lehrer oder Rechtsanwälte das Sagen zu haben. Die Produktionsarbeiter, mit denen ich gesprochen habe, haben mir erklärt, sie hätten volles Vertrauen in diese Leute und sie hätten aus ihren eigenen Betrieben Angestellte und Techniker als Kandidaten für die Wahlen von Solidarität vorgeschlagen, weil diese besser in der Lage seien, mit der jeweiligen Geschäftsleitung und den staatlichen Behörden zu verhandeln. Es sind Anstrengungen unternommen worden, Produktionsarbeiter in die provisorischen überbetrieblichen regionalen Streikausschüsse (MKS) aufzunehmen, die die institutionell anerkannte Anwesenheit von Solidarität darstellen, bis die Betriebswahlen (Dezember bis Januar), gefolgt von den Regionalwahlen (Januar bis Februar), die formellen Organe von Solidarität in den verschiedenen Regionen bilden. Es gibt 49 Wojewodztwo, und es sieht so aus, als ob in nahezu allen Regionen Organisationen von Solidarität entstehen werden, wobei die Grossstädte als Zentren für Schulung und Öffentlichkeitsarbeit die Führung übernehmen werden.

Solidarität ist entschlossen, die regionale Struktur beizubehalten, und nirgendwo bin ich irgendwelchen Sympathien für eine Industriestruktur begegnet. Dies erklärt sich zum Teil aus der Tatsache, dass die alten Gewerkschaften nach Industrien organisiert waren, und alles, was mit diesen alten Gewerkschaften in Verbindung gebracht werden kann, ist ihnen verhasst. Das Bekenntnis zum Gedanken der Solidarität ist eindrucksvoll, wobei z.B. starke Gruppen wie die Stahlarbeiter oder Bergleute schwächeren Gruppen wie den Bediensteten im Gesundheitswesen bereitwillig helfen. Man hat mir von Werft- und Stahlarbeitern berichtet, die Zulagen abgelehnt und darauf bestanden haben, dass das Geld stattdessen an das Krankenhauspersonal gezahlt wird.

Solidarität unterbreitet auch Forderungen im Bereich des Gemeindewesens – öffentliche Verkehrsmittel, Bildung, Umwelt usw., die mit dem Wojewoda ausgehandelt werden müssen. Die Regionen verfügen über erhebliche wirtschaftliche und soziale Macht, und infolgedessen widerspiegelt Solidarität die tatsächliche Machtstruktur in Polen. Parallel hierzu werden jedoch Ausschüsse geschaffen, die verschiedene Betriebe im selben Industriezweig verbinden, namentlich ein überbetrieblicher Stahlausschuss, der sich etwa alle 18 Tage trifft und bereits ein Gespräch mit dem Minister für die Stahl- und Schwerindustrie und dem polnischen parlamentarischen Ausschuss für die Schwerindustrie geführt hat. Ich habe sie darauf aufmerksam gemacht, dass in Zukunft vielleicht starke Spannungen zwischen verschiedenen Arbeitnehmergruppen aus unterschiedlichen Arbeitsumwelten entstehen könnten, die in regionalen Verwaltungsstellen von Solidarität zusammengefasst werden, und man hat mir hierauf sehr bestimmt geantwortet, dass der eigentliche Wesenszug der Solidarität Zusammenarbeit zwischen allen Arbeitnehmern beinhalte, um eine Erweiterung ihrer Rechte und Verbesserung ihrer Bedingungen zu sichern, nach dem Prinzip "einer für alle, alle für einen".

Da die gesamte Industrie verstaatlicht ist, besteht die im Westen gegebene Notwendigkeit des Zusammenschlusses auf Industrieebene, um sich mit unterschiedlichen Arbeitgebern auseinanderzusetzen, in Polen nicht. Darüber hinaus gibt es in Grossunternehmen wie Automobil- oder Elektrofirmer einen gemeinsamen Ausschuss, in den Arbeitnehmer aus verschiedenen Abteilungen Delegierte wählen. Im Betrieb selbst gibt es keine Vielzahl von Gewerkschaften, wenn man von den Überbleibseln der "alten/neuen" Gewerkschaften einmal absieht.

Solidarität bezieht ihr Einkommen aus den Beiträgen der Arbeitnehmer in Höhe von 1% ihrer Löhne, die gesetzliche Grundlage für das Beitragsaufkommen der alten Ge-

werkschaften. 70% hiervon bleiben auf der Betriebsebene, und 30% gehen an die Region. Es besteht keine klare Vorstellung darüber, wie dieses Geld einzusetzen ist. Auf Betriebsebene wird Solidarität den Grossteil dieses Einkommens für soziale Zwecke verwenden – die Organisation von Anglerclubs, Ausflüge und Hilfe an Arbeitnehmer, die plötzlich operiert werden müssen. Es war ein deutlicher Widerwille dagegen spürbar, dass Geld für Verwaltungszwecke ausgegeben wird, sowie für gut eingerichtete Büros, Personal und Ausrüstungen, wohl aus Furcht, dass man damit in die Fussstapfen der alten Gewerkschaften treten würde. Nach dem polnischen Arbeitsrecht hat Solidarität Anspruch auf einen freigestellten, vom Arbeitgeber bezahlten Gewerkschaftsvertreter für je 1000 Beschäftigte. Sie hofft, dieses Recht im gegenwärtig zur Debatte stehenden neuen Gewerkschaftsgesetz beibehalten zu können.

Solidarität hat in den meisten Städten Büros eingerichtet, oft alte Gewerkschaftsbüros übernommen und in einem Fall, in Kattowitz, sind sie in eine gothische Luxusvilla gezogen, die während des Krieges die Gestapo beherbergt hatte und seitdem vom örtlichen Direktorenverband als Privatklub benutzt wurde. In dem Masse, wie Solidarität festere Wurzeln fasst, zieht sie in grössere Büros, gewöhnlich vom Wojewoda zur Verfügung gestellt. Von denen, die ich besucht habe, hatten die meisten die Atmosphäre

eines Notquartiers, was mich an eine Kreuzung zwischen einem regionalen Streikbüro und den Räumen einer Studentengewerkschaft erinnerte. Sie verfügen über Telefone; eines, in Breslau, hat einen Fernschreiber, aber nur sehr wenige haben Schreibmaschinen, Aktenschränke und andere Büroeinrichtungen.

Alle Regionalstellen von Solidarität und einige Betriebsgruppen geben ein Nachrichtenblatt heraus, normalerweise im Format A5 mit 4–12 Seiten. Sie sind in der technischen Qualität unterschiedlich, aber keines ist auf höherem Niveau als ein im Westen gedrucktes durchschnittliches Studentenblatt. Sie werden vervielfältigt oder mit einer Offsetmaschine abgezogen, jedoch schlecht getippt und gestaltet und auf sehr armseligem Papier gedruckt. Sie erscheinen unregelmässig, die grösseren Regionen von Solidarität bemühen sich jedoch um ein wöchentliches Erscheinen.

Solidarität arbeitet regional, ähnlich wie Wojewodztwo (Regionalbehörden). In den Regionalausschüssen schienen mir Vertreter aus Fachberufen – Ingenieure, Computerspezialisten, Lehrer oder Rechtsanwälte das Sagen zu haben. Die Produktionsarbeiter, mit denen ich gesprochen habe, haben mir erklärt, sie hätten volles Vertrauen in diese Leute und sie hätten aus ihren eigenen Betrieben Angestellte und Techniker als Kandidaten für die Wahlen von Solidarität vorgeschlagen, weil diese besser in der Lage seien, mit der jeweiligen Geschäftsleitung und den staatlichen Behörden zu verhandeln. Es sind Anstrengungen unternommen worden, Produktionsarbeiter in die provisorischen überbetrieblichen regionalen Streikausschüsse (MKS) aufzunehmen, die die institutionell anerkannte Anwesenheit von Solidarität darstellen, bis die Betriebswahlen (Dezember bis Januar), gefolgt von den Regionalwahlen (Januar bis Februar), die formellen Organe von Solidarität in den verschiedenen Regionen bilden. Es gibt 49 Wojewodztwo, und es sieht so aus, als ob in nahezu allen Regionen Organisationen von Solidarität entstehen werden, wobei die Grossstädte als Zentren für Schulung und Öffentlichkeitsarbeit die Führung übernehmen werden.

Solidarität ist entschlossen, die regionale Struktur beizubehalten, und nirgendwo bin ich irgendwelchen Sympathien für eine Industriestruktur begegnet. Dies erklärt sich zum Teil aus der Tatsache, dass die alten Gewerkschaften nach Industrien organisiert waren, und alles, was mit diesen alten Gewerkschaften in Verbindung gebracht werden kann, ist ihnen verhasst. Das Bekenntnis zum Gedanken der Solidarität ist eindrucksvoll, wobei z.B. starke Gruppen wie die Stahlarbeiter oder Bergleute schwächeren Gruppen wie den Bediensteten im Gesundheitswesen bereitwillig helfen. Man hat mir von Werft- und Stahlarbeitern berichtet, die Zulagen abgelehnt und darauf bestanden haben, dass das Geld stattdessen an das Krankenhauspersonal gezahlt wird.

Solidarität unterbreitet auch Forderungen im Bereich des Gemeindewesens – öffentliche Verkehrsmittel, Bildung, Umwelt usw., die mit dem Wojewoda ausgehandelt werden müssen. Die Regionen verfügen über erhebliche wirtschaftliche und soziale Macht, und infolgedessen widerspiegelt Solidarität die tatsächliche Machtstruktur in Polen. Parallel hierzu werden jedoch Ausschüsse geschaffen, die verschiedene Betriebe im selben Industriezweig verbinden, namentlich ein überbetrieblicher Stahlausschuss, der sich etwa alle 18 Tage trifft und bereits ein Gespräch mit dem Minister für die Stahl- und Schwerindustrie und dem polnischen parlamentarischen Ausschuss für die Schwerindustrie geführt hat. Ich habe sie darauf aufmerksam gemacht, dass in Zukunft vielleicht starke Spannungen zwischen verschiedenen Arbeitnehmergruppen aus unterschiedlichen Arbeitsumwelten entstehen könnten, die in regionalen Verwaltungsstellen von Solidarität zusammengefasst werden, und man hat mir hierauf sehr bestimmt geantwortet, dass der eigentliche Wesenszug der Solidarität Zusammenarbeit zwischen allen Arbeitnehmern beinhalte, um eine Erweiterung ihrer Rechte und Verbesserung ihrer Bedingungen zu sichern, nach dem Prinzip "einer für alle, alle für einen".

Da die gesamte Industrie verstaatlicht ist, besteht die im Westen gegebene Notwendigkeit des Zusammenschlusses auf Industrieebene, um sich mit unterschiedlichen Arbeitgebern auseinanderzusetzen, in Polen nicht. Darüber hinaus gibt es in Grossunternehmen wie Automobil- oder Elektrofirmen einen gemeinsamen Ausschuss, in den Arbeitnehmer aus verschiedenen Abteilungen Delegierte wählen. Im Betrieb selbst gibt es keine Vielzahl von Gewerkschaften, wenn man von den Überbleibseln der "alten/neuen" Gewerkschaften einmal absieht.

Solidarität bezieht ihr Einkommen aus den Beiträgen der Arbeitnehmer in Höhe von 1% ihrer Löhne, die gesetzliche Grundlage für das Beitragsaufkommen der alten Ge-

werkschaften. 70% hiervon bleiben auf der Betriebsebene, und 30% gehen an die Region. Es besteht keine klare Vorstellung darüber, wie dieses Geld einzusetzen ist. Auf Betriebsebene wird Solidarität den Grossteil dieses Einkommens für soziale Zwecke verwenden – die Organisation von Anglerclubs, Ausflüge und Hilfe an Arbeitnehmer, die plötzlich operiert werden müssen. Es war ein deutlicher Widerwille dagegen spürbar, dass Geld für Verwaltungszwecke ausgegeben wird, sowie für gut eingerichtete Büros, Personal und Ausrüstungen, wohl aus Furcht, dass man damit in die Fussstapfen der alten Gewerkschaften treten würde. Nach dem polnischen Arbeitsrecht hat Solidarität Anspruch auf einen freigestellten, vom Arbeitgeber bezahlten Gewerkschaftsvertreter für je 1000 Beschäftigte. Sie hofft, dieses Recht im gegenwärtig zur Debatte stehenden neuen Gewerkschaftsgesetz beibehalten zu können.

Solidarität hat in den meisten Städten Büros eingerichtet, oft alte Gewerkschaftsbüros übernommen und in einem Fall, in Kattowitz, sind sie in eine gothische Luxusvilla gezogen, die während des Krieges die Gestapo beherbergt hatte und seitdem vom örtlichen Direktorenverband als Privatklub benutzt wurde. In dem Masse, wie Solidarität festere Wurzeln fasst, zieht sie in grössere Büros, gewöhnlich vom Wojewoda zur Verfügung gestellt. Von denen, die ich besucht habe, hatten die meisten die Atmosphäre

eines Notquartiers, was mich an eine Kreuzung zwischen einem regionalen Streikbüro und den Räumen einer Studentengewerkschaft erinnerte. Sie verfügen über Telefone; eines, in Breslau, hat einen Fernschreiber, aber nur sehr wenige haben Schreibmaschinen, Aktenschränke und andere Büroeinrichtungen.

Alle Regionalstellen von Solidarität und einige Betriebsgruppen geben ein Nachrichtenblatt heraus, normalerweise im Format A5 mit 4–12 Seiten. Sie sind in der technischen Qualität unterschiedlich, aber keines ist auf höherem Niveau als ein im Westen gedrucktes durchschnittliches Studentenblatt. Sie werden vervielfältigt oder mit einer Offsetmaschine abgezogen, jedoch schlecht getippt und gestaltet und auf sehr armseligem Papier gedruckt. Sie erscheinen unregelmässig, die grösseren Regionen von Solidarität bemühen sich jedoch um ein wöchentliches Erscheinen.

Der grösste Einzelwunsch aller Büros von Solidarität lautet auf bessere Druckmaschinen. Sie haben das Geld, sie zu kaufen, aber einfache Offsetdruckmaschinen sind auf dem polnischen Markt unauffindbar. Es besteht auch ein grosser Mangel an Papier, und das zur Verfügung stehende Papier würde sich mit grösster Wahrscheinlichkeit nicht für die überperfektionierten westlichen Druckmaschinen eignen. Vor allem unkomplizierte Tischoffsetmaschinen, Fotokopiermaschinen, Schreibmaschinen, Heftmaschinen und Heftklammern sind Gegenstände, die als Geschenke von westlichen Gewerkschaften dringend benötigt werden.

Welcher Art auch immer der Einfluss von KOR in der Zeit bis zum Werftstreik in Danzig im August 1980 und bei den Ereignissen im Anschluss an die Danziger 21-Punkte-Vereinbarung gewesen ist, heute ist deutlich, dass die Arbeitnehmer ihre neue Gewerkschaft selbst schaffen, mit Ratschlägen von KOR zwar, aber nicht unter der Leitung von KOR-Mitgliedern.*

Regionalbüros von Solidarität in den grösseren Orten und Städten, besonders Universitätsstädten, haben gewöhnlich ein KOR-Mitglied in ihrem Vorstand, sein Rat wird jedoch nicht immer gehört, und seine Rolle ist diejenige eines intellektuellen Experten. In einem wichtigen Bergbau- und Maschinenbauzentrum, Walbrzych, ist ein KOR-Mitglied aus dem Vorstand von Solidarität ausgeschlossen worden. Auf Betriebsebene finden sich keine KOR-Mitglieder, die betriebliche Organisation von Solidarität übernehmen die Arbeiter selbst. Die Angriffe auf KOR in der ostdeutschen und tschechoslowakischen Presse, in der sie als "antisozialistisch" beschrieben werden, sind unsinnig. Mit der möglichen Ausnahme eines Streiks im Stahlwerk von Warschau (Huta Warszawa) besteht der Einfluss der KOR-Experten darin, die Aktionsforderungen der Arbeitnehmer zu mässigen und abzukühlen. Aus westlicher Sicht können die KOR-Mitglieder als verantwortliche Gemässigte bezeichnet werden, die auf die hitzköpfigeren und unüberlegteren unter den Arbeitnehmern mässigend einwirken.

In jedem Regionalbüro von Solidarität sind mehrere Rechtsanwälte beschäftigt, von denen einige aus dem Einkommen von Solidarität ein bescheidenes Honorar erhalten, um sie bei der Abfassung von Texten und der Lösung von Rechtsproblemen zu beraten, die ihnen von Arbeitnehmern und der Öffentlichkeit vorgelegt werden. Ein Problem von Solidarität liegt darin, dass Einzelpersonen die Regionalbüros um Rat und Hilfe bei Beschwerden bitten, die oft Jahre zurückliegen. Solidarität ist der Auffassung, dass sie sich mit diesen Fällen befassen muss, um ihre Glaubwürdigkeit in der Öffentlichkeit zu bewahren.

Es wird allgemein akzeptiert, dass die Wirtschaftslage in Polen katastrophal ist und sich auch in den nächsten Jahren kaum verbessern wird. Bei Nova Huta (Neues Stahlwerk) ausserhalb von Kattowitz hat Solidarität einen völligen Investitionsstopp für dieses Re-nommierstück aus dem Jahre 1970 gefordert. Die Produktionsleistung dieses Werks ist unwirtschaftlich, und der Stahl wird unter den Gestehungskosten an die Sowjetunion oder zu Dumpingpreisen an den Westen verkauft.

Lange Schlangen, die in eisiger Kälte geduldig vor allen Arten von Geschäften stehen, sind in allen Ortschaften und Städten ein gewohnter Anblick. Es ist bekanntgegeben worden, dass Fleisch und Butter demnächst rationiert werden. An privaten Ständen verkaufte Landwirtschaftsprodukte sind rar, und es herrscht Mangel an allem, vom

*KOR: Der Ausschuss für Arbeits-Selbstverteidigung wurde 1976 von in der Opposition befindlichen Intellektuellen ins Leben gerufen, um den nach den Kundgebungen 1976 gegen die Lebensmittelpreiserhöhungen verfolgten Arbeitern zu helfen. Es hat 35 stimmberechtigte Mitglieder und rund 200 Mitarbeiter.

Toilettenpapier bis zum Zucker. Es werden Versuche unternommen, eine "Bauernsolidarität" zu gründen, deren Hauptforderung auf privaten Landbesitz und Erbrecht lauten würde, Gleichbehandlung mit staatlichen Landwirtschaftsbetrieben bei der Belieferung mit Landmaschinen und Düngemitteln, höhere Preise als Produktionsanreiz und ein gerechtes Rentensystem für Bauern.

Bis zum Spätherbst hatten die 3 Mio. polnischen Bauern ihr Land bearbeitet und nichts mit Solidarität zu tun gehabt, ausgenommen die Arbeiter-Bauern in einigen Gebieten. (Ein Arbeiter-Bauer ist ein Arbeiter, der ein kleines Stück Land besitzt, einen regelmäßigen industriellen Arbeitsplatz hat, und dessen Frau und ältere Verwandte das Land besorgen, während er arbeitet). Der Winter ist traditionell die Jahreszeit, in der Bauern sich organisieren. Es könnte sehr gut sein, dass die Bauernsolidarität in den kommenden Monaten zu einer wichtigen Macht wird, obgleich niemand auch nur die geringste Ahnung zu haben schien, wie eine solche Organisation in Solidarität selbst integriert werden könnte (oder sollte).

Die Arbeitnehmer, mit denen ich sprach, waren sich darüber klar, dass sich die Wirtschaftslage verschlechtern wird und ihnen eine Zeit bevorsteht, in der sie den Gürtel noch enger schnallen müssen. Sie erklärten, sie würden nichts dagegen unternehmen, vorausgesetzt, dass sie mit ihrer Arbeit des Aufbaus und der Organisation von Solidarität fortfahren könnten. Auf einer Ebene besteht eine Art von Tauschgeschäft zwischen Solidarität und den Behörden, in Form eines stillschweigenden Einverständnisses, nach dem sich Solidarität bereiterklärt, keine über die in der Danziger Vereinbarung zugestandenen Verbesserungen hinausgehenden Lohn- und Urlaubserhöhungen zu fordern und sich für die Aufrechterhaltung der Disziplin der Arbeitnehmer einzusetzen, während die Behörden ihrerseits die Organisationsarbeit von Solidarität nicht stören. Dergleichen glauben die Arbeitnehmer, dass die Existenz von Solidarität der Unfähigkeit und Korruption der Geschäftsleitungen ein Ende bereiten wird, was Behörden und Partei zuvor geflissentlich übersehen hatten. In einem Elektronunternehmen ausserhalb von Breslau erklärten die Arbeitnehmer, sie hofften, im Betrieb eine Art von Selbstverwaltung aufbauen zu können, in der die Betriebsleiter ihre Pläne mit den Arbeitnehmervertretern zu diskutieren hätten.

Solidarität ist heute in Polen eine feststehende Tatsache und meiner Ansicht nach eine authentische, voll repräsentative, unabhängige, demokratische Arbeitnehmerorganisation. Hotelangestellte, Flugpersonal, Taxifahrer und andere tragen offen Solidaritätsabzeichen, und man kann ohne Verabredung irgendein Werksgelände betreten und mit den betrieblichen Solidaritätsvertretern sprechen. Sie begrüssen Unterstützungserklärungen und Besuche von westlichen Gewerkschaften. Die französische CGT hat eine Delegation gesandt, die an einigen Orten erheblichen Ärger erregt hat, weil sie vor den Solidaritätsvertretern das örtliche Parteibüro besucht hatte. Jedermann betont, dass wirtschaftliche Unterstützung aus dem Westen, Kredite, finanzielle und technologische Hilfe (im Stahlwerk Lenin in der Nähe von Krakau hat man mich gefragt, ob irgendeine westliche Stahlgewerkschaft ihnen moderne Stahlausrüstungen verkaufen könnte!) lebenswichtig seien und fortgesetzt werden sollten, und dass die westlichen Gewerkschaften Druck auf ihre Regierungen ausüben sollten, um solche Hilfeleistungen fortzuführen und zu intensivieren. Einige, wenn auch nicht alle, regten an, dass die Regierungen westlicher Länder bei solchen Hilfeleistungen versuchen sollten, die polnische Regierung zu veranlassen, sich vollumfänglich an die Vereinbarung von Danzig zu halten und dass diese Hilfe wirksam eingesetzt werden sollte, und nicht wie es ein Elektriker ausdrückte, "neue Büros für die Sicherheitspolizei zu bauen oder Abhörausrüstungen vom Westen zu kaufen, um uns besser überwachen zu können".

Was am allerdringendsten gebraucht wird, und dies kam bei allen, die ich befragte, spontan zum Ausdruck, sind Ausrüstungen und Material für technisch unkomplizierte Druckereien. Sie wünschen darüber hinaus Bücher und Broschüren, wenn möglich ins Polnische übersetzt, über die Wirkungsweise westlicher Gewerkschaften – ihre Struktur, Wahlverfahren, Beschreibungen von Tarifverhandlungen und Verträgen, ihr Verhältnis zum Gesetz, Schlichtungs- und Beschwerdeverfahren.

Solidarität sieht sich zwei Hauptproblemen gegenüber. Das erste ist, dass die regionalen und nationalen Gewerkschaftsorganisationen sich zuviel aufladen. Menschen mit allen Arten von Beschwerden wenden sich an Solidarität um Hilfe, da sie die einzige Organisation ist, die unabhängig und mächtig genug scheint, ihre Klagen aufzugreifen. In einigen Regionen wird das dringende Bedürfnis laut, diejenigen vor Gericht zu stellen, die für die Repressionen von 1970 und 1976 verantwortlich sind. Viele der führenden mit Solidarität verbundenen Intellektuellen üben zwar einen mässigen Einfluss aus, was Streiks angeht, und sie anerkennen die führende Rolle der Arbeitnehmer selbst, sie sehen jedoch Solidarität als ein Mittel einer Umgestaltung der polnischen Gesellschaft nach offeneren, demokratischeren Richtlinien. Wo "Gewerkschaftsbewegung" endet und "Politik" beginnt, ist in jeder Gesellschaft eine schwierige und vielleicht eine falsche Frage, aber aus der Sicht einer westlichen Gewerkschaft wird von Solidarität verlangt, dass sie Aufgaben übernimmt, die in demokratischen Ländern normalerweise nicht als Gewerkschaftsarbeit betrachtet werden.

Das zweite Problem, das Solidarität überwinden muss, besteht darin, Struktur und Organisation in den Griff zu bekommen. Die Abneigung gegen die Arbeitsmethoden der alten Gewerkschaften und die ständige Anwesenheit enthusiastischer Freiwilliger, viele von ihnen Studenten oder junge Intellektuelle, lässt bisweilen die Notwendigkeit der Schaffung geordneter Organisationssysteme. Die Beschlussfassungsverfahren sind nicht immer klar, und die zurzeit sehr locker gehandhabten ultrademokratischen Systeme können leicht in die Hände von Demagogen spielen.

Wenn man bedenkt, dass bei Niederschrift dieses Berichtes die gesamte Bewegung knapp 4 Monate alt war und erst seit einigen Wochen offiziell und legal ist, sind die zu beobachtenden Fortschritte ausserordentlich.

Die IMB-Gewerkschaften mit ihren demokratischen Traditionen und ihrem Erfahrungsschatz haben eine wichtige Rolle zu übernehmen: Sie müssen Solidarität helfen, sich zu einer festbegründeten, unabhängigen und demokratischen Organisation zu entwickeln, die im Dienste der polnischen Arbeitnehmer wirksam arbeiten kann.

POLITISCHER UND WIRTSCHAFTLICHER HINTERGRUND ZUM STREIK IM AUGUST 1980

Die 70er Jahre waren für Polen ein Jahrzehnt eines aussergewöhnlichen politischen und wirtschaftlichen Wandels. Die Machtübernahme durch den Schlesier Edward Gierek, der sich stark an der Technologie — und am Konsum orientierte, führte zu massiven Investitionen in der polnischen Schwerindustrie. Die Hälfte des polnischen Kapitals ist seit 1970 gebildet worden, das meiste davon in Form umfangreicher Anleihen des Westens und der Sowjetunion.

Polen hat nun eine Schuld von 24 Mrd. Dollar gegenüber dem Westen und man geht davon aus, dass der Gesamtwert der polnischen Ausfuhren in den Westen im Jahre 1981 den Zinsendienst für diese umfangreiche Auslandsschuld nicht voll abzudecken vermag. 1971 gewährte die Sowjetunion Polen eine Anleihe von 100 Mio. Dollar, 1976 eine solche von 1,3 Mrd. und gegen Ende des Jahres 1980 eine solche von 1,35 Mrd. Dollar. Diese gewaltige Verschuldung bleibt natürlich nicht ohne stärkere Auswirkungen für die westliche Politik und bildet bei der Einstellung Russlands zu der Situation einen wichtigen Faktor. Um die Dinge jedoch im richtigen Lichte zu betrachten, darf man nicht vergessen, dass Jugoslawien Ende 1979 eine Auslandsschuld von 15 Mrd. Dollar hatte, d.h. eine solche, die pro Kopf der Bevölkerung berechnet fast doppelt so hoch war wie jene Polens. In den ersten 70er Jahren floss sehr viel ausländisches Kapital, insbesondere aus den USA nach Polen, zum Teil auch unter dem Einfluss der Entspannungspolitik. Es kam zu einer gewaltigen Zunahme der zentralen Investitionen — um 7% im Jahre 1971, um 23% im Jahre 1972, um 25% im Jahre 1973. Selbst nach dem Ölpreisschock von 1973 wurde in Polen auf ständig wachsender Höhe investiert.

Die Löhne und Gehälter stiegen sehr schnell an — um 45% zwischen 1971 und 1976. Obwohl die Verbraucherpreise, bei Automobil- und Fernsehgeräten insbesondere, sehr stark anzogen, war das Ergebnis letztenendes das, dass zu viel Geld auf der Suche nach zu wenig Gütern war. Dies führte zum Entstehen eines schwarzen Marktes für die mittlere Klasse und für jene, die auf Grund gewisser Privilegien Zugang zu derartigen Gütern hatten, sei es, weil sie Parteimitglieder waren oder weil sie bestimmte Funktionen innehatten. Gleichzeitig aber war die Arbeiterklasse von diesem Verbrauchsboom ausgeschlossen. Die Kreditgeber hatten sich nie um eine wirksame Kontrolle über die Verwendung ihrer Gelder gekümmert, so dass Millionen dafür verschleudert wurden, dass man Geräte und Anlagen kaufte, die entweder unverwendbar waren oder die dazu benutzt wurden, luxuriöse Büros zu bauen für Parteimitglieder oder die Sicherheitspolizei, ja sogar für den Bau von Datschas für regionale Parteifunktionäre.

1976 versuchte dann Gierek das Steuer herumzuwerfen, indem er die Investitionen in der Schwerindustrie abbremsete, eine Steigerung der Konsumgüterproduktion und eine 70%ige Verteuerung der staatlich kontrollierten Lebensmittelpreise anordnete. Diese Massnahmen führten zu Kundgebungen in Warschau und Radon, die zwar zu scharfem Vorgehen der Polizei und Armee Anlass gaben, jedoch ausreichten, um die Widerrufung der Lebensmittelpreiserhöhungen zu veranlassen. Es kam auch zu weitverbreiteten, wengleich totgeschwiegenen Sitzstreiks in manchen Betrieben.

Das Problem der Lebensmittelerzeugung in Polen ist bisher noch nicht gelöst worden.

3/4 des Landes befinden sich noch in der Hand der Bauern. Es gibt 3 Millionen verschiedene Landwirtschaftsbetriebe und bäuerliche Güter. Der Staat hat versucht, einige bäuerliche Betriebe zu kollektivieren und die Bauern zu veranlassen, dass sie ihren Betrieb verpachten, verkaufen oder dem Staat überlassen, wobei er als Anreiz eine staatliche Pension all jenen anbot, die bereit waren, ihr Land aufzugeben, oder aber indem er es genossenschaftlich nicht organisierten Bauern ausserordentlich erschwerte, Raupenschlepper oder Düngemittel zu erstehen. Die Bauernschaft reagierte mit einer Kürzung der Produktion auf den Stand, der auf bäuerlichen Märkten noch abgesetzt werden kann und der zur Deckung der Bedürfnisse der eigenen Familie erforderlich ist. Alle Bemühungen des Staates, die Landwirtschaft zu reformieren, stossen bei den Bauern auf grösstes Misstrauen.

Obwohl Gierek bei seiner Machtübernahme den Ruf eines technologischen Reformers hatte, bremste er in Tat und Wahrheit die dezentralisierenden Wirtschaftsreformen, die in den letzten 60er Jahren von Gomulka mit grosser Vorsicht eingeführt worden waren. Gierek nahm auch eine Säuberung der PZPA (kommunistischen Partei) vor, indem er bis Ende 1971 140,000 Mitglieder ausschloss. Die neuen Mitglieder wurden viel stärker unter zentralisierte Kontrolle genommen.

Es liegt auf der Hand, dass Aufschlüsse über spezifische innenpolitische Entwicklungen in Polen in den 70er Jahren nicht leicht erhältlich sind, aber ausgehend von den zur Verfügung stehenden Angaben stellen wir fest, dass der gewaltige Zustrom westlichen Kapitals in der Schwerindustrie zu ungeheurem Verschleiss und unkritisch vorgenommenen Investitionen geführt hat, sowie zu der Entwicklung eines Verbrauchermarktes, von dem die Arbeiter ausgeschlossen waren, während gleichzeitig die Säuberungen in der Partei dazu führten, dass auf der mittleren Führungsebene eine Schicht entstand, die sich in einem Abhängigkeitsverhältnis befand und entweder nicht bereit oder unfähig war, die Misswirtschaft des Landes zu kritisieren. Die daraus entstandenen Spannungen konnten nicht ohne Reibungen und Bruch mit der Vergangenheit gelöst werden, wovon das erste und wichtigste Anzeichen die Streikbewegungen vom Juli und danach waren, als Protest gegen die Lebensmittelpreiserhöhungen, die schliesslich zu den umfassenden Arbeitsniederlegungen und Betriebsbesetzungen sowie zu der Vereinbarung zwischen den Arbeitern und der Regierung in Danzig im August 1980 führten, gefolgt von der Schaffung der Solidarität.

Gespräch mit Ryszard Kalinowski, dem Vorsitzenden von Solidarität in Elblag, einer kleinen Industriestadt (die erwerbstätige Bevölkerung in dem Gebiet beläuft sich auf 160,000, davon sind 120,000 Mitglieder von Solidarität) an der Ostseeküste. Er ist 28-jährig und ein gelernter Dreher. Vor der August-Streikwelle in Danzig war er weder in der offiziellen noch einer inoffiziellen Gewerkschaftsbewegung aktiv. Er war aktives Mitglied der betrieblichen Partei-Jugendorganisation gewesen, hatte sich dann allerdings davon zurückgezogen, nachdem "ich festgestellt hatte, wie der Hase läuft".

"Wir unterstützten die Streikbewegung in Danzig; zunächst kam es zu Arbeitsniederlegungen in den Abstellhallen der öffentlichen Verkehrsbetriebe, und dann wurden die meisten Betriebe in Elblag in einer Entfernung von rund 60 km von Danzig bestreikt. Wir waren die ersten, die ausserhalb Danzigs in den Streik traten. Ich wurde als Delegierter nach Danzig entsandt und blieb dort zwei Wochen lang. Wir hatten einen Botendienst, der auf Nebenstrassen Material von Danzig nach Elblag brachte. Einmal wurde eine Delegation von der Polizei angehalten und einer von ihnen musste seinen Pass für die Schiffswerften von Danzig verschlucken."

Nach der Vereinbarung von Danzig arbeitete Kalinowski zum Teil in Danzig selber — er ist offiziell Vizepräsident der nationalen Gewerkschaft und leitete zwei Monate lang das nationale Sekretariat unter Walesa — und zum Teil leitet er die Arbeit in dem örtlichen Sekretariat von Solidarität in Elblag. Er bezieht weiter seinen Lohn von seinem Betrieb und hat gute Beziehungen zu dessen Direktor, der ihm sogar einen PKW zur Verfügung gestellt hat. Das örtliche Sekretariat liegt in einer Einkaufsarkade, ist 200 Quadratmeter gross und besteht aus zwei grossen Sitzungszimmern, vier kleineren Räumen und einer Dunkelkammer. Das Schaufenster wurde dazu benutzt, um ortsansässige Betriebsanleitungen, die sich geweigert hatten, Vertreter von Solidarität zu empfangen, zu kritisieren.

"Es kommt vor, dass wir einem Betriebsleiter sagen, dass sein Name unter Umständen im Schaufenster erwähnt werden wird, und er erklärt sich dann im allgemeinen sehr schnell bereit, mit uns zusammenzutreffen und über unsere Beschwerden zu reden", erklärte er. "Das schwerwiegendste Problem für uns ist der Mangel an Informationen und zwar sowohl eingehende als auch von uns an die Mitglieder auszusendende Informationen. Wir brauchen mehr Vervielfältigungsmaschinen, Telefonanschlüsse, Fernschreiber."

Allwöchentlich leitet Kalinowski eine Versammlung der Vertreter aus den einzelnen

Betrieben und Werken, wo Solidarität Fuss gefasst hat. Ein Präsidium, bestehend aus 14 Mitgliedern, überwacht die regionale Tätigkeit von Solidarität. Dieses Präsidium wurde zur Zeit der Gründung des ursprünglichen MKS (des überbetrieblichen Streikausschusses) im August gewählt. Sobald die Regionalwahlen für Solidarität im Februar durchgeführt worden sind, werden die alten ad hoc-Präsidenten durch repräsentativere Präsidien ersetzt werden.

Kalinowski ist ebenfalls Mitglied des Ausschusses des Gewerkschaftsbundes, der sich mit dem Aufbau und der Struktur der neuen Organisation zu befassen hat. In gewissen Betrieben werden Wahlen zur Bildung von Ausschüssen unterschiedlicher Grösse durchgeführt, wobei die Hälfte der Ausschussmitglieder jeweils von den einzelnen Abteilungen oder Sektionen und die andere Hälfte von der Gesamtbelegschaft gewählt wird. In anderen Betrieben wiederum wird eine Art vielköpfiger Betriebsrat gewählt, wobei jeweils ein Betriebsrat pro 100 Belegschaftsmitglieder oder ein Delegierter pro Abteilung gewählt werden kann und der Betriebsrat (oder das "Arbeiterparlament", wie dieses Organ auch genannt wird), wählt dann einen ziemlich grossen Vorstand.

Kalinowski ist der Auffassung, dass in regelmässigen Zeitabständen alle Ämter und Funktionen durch Wahlen neu besetzt werden sollten, so dass niemand zulange im Amt bleiben und eine zu grosse Machtfülle entfalten kann. Er selbst scheint mit seiner ruhigen und freundlichen Art eine Persönlichkeit zu sein, die natürliche Führungseigenschaften besitzt.

Er wies jedoch darauf hin, dass er nach zwei oder vielleicht nach vier Jahren zurücktreten werde. Als darauf hingewiesen wurde, dass es nicht logisch wäre, wenn er Solidarität seine Dienste schon nach zwei Jahren entziehen würde ("vorausgesetzt, wir überleben so lange", fügte er mit einem Lächeln hinzu,) kaum, dass er sich die erforderlichen Kenntnisse und Erfahrungen angeeignet hatte, zuckte er mit den Schultern und erklärte, man müsse um jeden Preis vermeiden, in den Stil der alten Gewerkschaften, der im wesentlichen auf zeitlich unbegrenzten Ämtern beruhte, zu verfallen.

Bei den Gesprächen mit Vertretern von Solidarität ist man immer wieder auf dieses Thema gestossen – auf den Wunsch, das denkbar demokratischste und auf absolute Gleichberechtigung fussende System zu entwickeln, selbst auf Kosten der Praktikabilität und der Leistungsfähigkeit. Gleichzeitig aber schreckt Solidarität nicht davor zurück, erforderlichenfalls Autorität zu zeigen, namentlich, als Walesa gegen Streiks Stellung bezog und wenn es auf der unteren Ebene darum geht, Probleme einer Lösung zuzuführen, bevor eine allgemeine Aufregung im Betrieb entsteht.

Kalinowski erklärte: "Wenn die Regionalgewerkschaft einen Vorschlag unterbreitet, wird er im allgemeinen angenommen, weil die Leute 35 Jahre lang vom Beschlussfassungsprozess über ihr eigenes Schicksal ausgeschlossen waren und sie sich noch nicht ganz daran gewöhnt haben, selbst zu entscheiden".

Er möchte Informationen über den Aufbau der Gewerkschaften im Westen und über deren Verhandlungsstil mit Arbeitgebern und Regierungsstellen. Er gab ebenfalls dem Wunsch Ausdruck, möglichst viele Besucher von Gewerkschaften aus demokratischen Ländern empfangen zu können.

Die Arbeiter zahlen rund 10% ihres Einkommens als Wohnungsmiete für eine 2- oder 3-Zimmerwohnung mit Küche und Bad. Darin sind auch die Kosten für Heizung und Heisswasser enthalten. Trotz durchschnittlicher Wintertemperaturen von unter 10°C ist die Qualität der gebauten Wohnungen sehr schlecht.

Die Wohnungen sind im allgemeinen armselig möbliert, wobei ein an das Fenster genageltes Stück Stoff als Vorhang dienen muss. Die Wartezeiten für Wohnungen belaufen sich auf 15 Jahre, wobei die Eltern ihre Kinder jeweils sofort als Mitglieder von Wohnungsgenossenschaften anmelden. Frisch verheiratete Paare müssen oft in einem einzigen Zimmer in der Wohnung der Eltern hausen. Auf dem privaten Wohnungsmarkt kann eine Wohnung gemietet werden zu einem Preis von 3–4000 Zlotys pro Monat, bei einem durchschnittlichen Monatslohn von 5700 Zlotys.

Der amtliche Wechselkurs im Dezember 1980 betrug – 1 US\$ = 31 Zlotys.

Der durchschnittliche polnische Lohn beträgt 5,700 Zlotys (US\$ 186) pro Monat, wobei eine Putzfrau in einem Betrieb 3,000 Zlotys verdient (US\$ 98), ein gelernter Schlosser 8,000 Zlotys (US\$ 258) und ein voll ausgebildeter Ingenieur 15,000 Zlotys (US\$ 484).

Viele Preise werden künstlich niedriggehalten. Das Fleisch (falls erhältlich) kostet 60 Zl. das Kilo, Äpfel 20 Zl. das Kilo, eine Busfahrt in Warschau 1 Zl. Für eine Mahlzeit für zwei in einem guten Restaurant muss man 200 Zl. hinlegen. Die Bekleidung ist sehr kostspielig, ein guter Wollpullover kostet 1,200 Zl. und ein warmer Schaffellmantel 20,000 Zl.

Der Fiat 126 Polski, d.h. der kleinste PKW Europas, kostet 180,000 Zl. Der gleiche Wagen ist jedoch schon für US\$ 2000 erhältlich, d.h. zu einem Preis, der unter dem in Westeuropa geforderten Verkaufspreis liegt.

Der Dollar ist die überall gängige zweite Währung Polens und hat einen Schwarzmarktkurs, der mit 100 bis 120 Zl. dreimal höher liegt als der amtliche Wechselkurs. Taxis und Rechnungen in Gaststätten können offen mit Dollars beglichen werden und Taxifahrer, Kellner sowie Empfangspersonal und gewisse Leute, die in Hoteleingangshallen herumstreunen, verkaufen offen Zlotys zum Schwarzmarktwechselkurs. Mit Dollars kann so mancherlei gekauft werden (PKW's, Modebekleidung, Flugkarten für Flüge in den Westen), d.h. Güter, die, wenn man sie in Zlotys bezahlen muss, fast unerschwinglich sind. Es gibt Geschäfte, in denen nur mit Dollars bezahlt werden kann.

Die Regierung richtet ihr Augenmerk darauf, möglichst viele harte Devisen zu erhalten und ignoriert den breitangelegten Devisenhandel. Eine der Bestimmungen der Vereinbarung von Danzig verweist darauf hin, dass Lebensmittel nicht mehr gegen Dollars verkauft werden sollten. Für den Industriearbeiter, der ja kaum Zugang zu Dollars hat, ist der Kauf z.B. eines PKW's fast ausgeschlossen.

Walbrzych ist eine niederschlesische Bergbau- und Baumaschinenstadt. Die örtliche erwerbstätige Bevölkerung beläuft sich auf 250,000, darunter 30,000 Bergarbeiter, wovon fast alle bei Solidarität organisiert sind. Es gibt 25,000 Arbeitnehmer in Betrieben, die vorgefertigte Teile für das Baugewerbe herstellen. Das Sekretariat von Solidarität besteht aus einer Versammlungshalle und einigen Räumen in einem Gemeindezentrum, doch soll das Sekretariat in Bälde in ein dreistöckiges Gebäude verlegt werden, aus dem die alten Gewerkschaften ausziehen. In der Ecke eines Zimmers spricht ein Funktionär von Solidarität mit einer älteren Frau, die sich über eine alte Ungerechtigkeit beschwert. An der Wand hängt eine schematische Darstellung zur Erläuterung der Gewerkschaftswahlen und Abstimmungen in einem grossen Unternehmen, wobei die einzelnen Zuständigkeitsbereiche klar und sorgfältig umrissen sind, d.h. dass nur eine vollzählige Versammlung eine Urabstimmung über einen Streik durchführen kann, während es Aufgabe des Fabrikausschusses ist, Forderungen aufzustellen.

Der 4. Dezember ist für die Arbeiter ein Feiertag, der Tag der Heiligen Barbara. Die Heilige Barbara ist die Schutzheilige der Bergarbeiter. Der Vorsitzende der Solidarität von Walbrzych sprach mit dem örtlichen Wojewoda (Regionalpräfekten) über die Verteilung von Fleisch zu Weihnachten. Ich selbst sprach mit vier Mitgliedern des Präsidiums von Walbrzych, Janusz Bilinski, 32, Sekretär des Präsidiums, Franciszek Gostomoryk, 47, Jurek Wojcech, 31, Bauarbeiter und Karol Biaszrayk, 38, Bergarbeiter und Mitglied der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, d.h. der kommunistischen Partei Polens.

Welches sind nun ihre Hauptforderungen? "Wir wollen genug zu essen haben" antwortete Biaszrayk, der in der Debatte eine führende Rolle übernimmt. "Solidarität muss sich sobald wie möglich angemessen organisieren. Wir brauchen echte Führungskräfte. Wir können lediglich Aufrufe erlassen und die Leute mobilisieren, aber direkt können wir die Dinge nicht verändern. Wir wollen demokratische Reformen. Unsere Pläne sind wirklichkeitsnahe und stehen nicht einfach nur auf dem Papier. Wir müssen innerhalb des sozialistischen Systems bleiben."

Eine der Haupterrungenschaften der polnischen Bergarbeiter nach dem Abschluss der Vereinbarung von Danzig war die Abschaffung des verhassten "Vierbrigadensystems". Es handelt sich um ein Wechselschichtsystem, in dem 6 Tage pro Woche zu unregelmässigen Zeiten nachts oder tags gearbeitet wird. Obwohl die Bergarbeiter mehrere Monate im voraus über den Schichtenplan unterrichtet waren, bedeutete dieses System, dass ihre Ruhezeiten und ihre Freischicht nie zusammenfiel mit den Augenblicken, wo entweder ihre Familienmitglieder oder Freunde ebenfalls zur Verbringung von Freizeit verfügbar gewesen wären. Nun arbeiten die Bergarbeiter in einer 5-Tagewoche und als Ergebnis davon ist die Kohlenerzeugung zurückgegangen. Polen wird deshalb im Laufe des Jahres 1981 einen Verlust von US\$ 250 Mio. an ausländischen Devisen erleiden, weil nicht ausreichend Kohle gefördert werden kann.

Allwöchentlich werden 2,000 Exemplare eines Nachrichtenblattes verteilt, das auf einer alten elektrischen Vervielfältigungsmaschine, die der Wojewoda ihnen geschenkt hat, hergestellt werden.

Die alten Gewerkschaften haben sich einen neuen Namen gegeben und heissen jetzt NSZZ. Etwa 10% der Arbeitnehmer, es handelt sich im wesentlichen um Verwaltungs- und Büropersonal, gehören diesen noch immer an. Der alte Sitz der WRZZ ist ein dreistöckiges Gebäude mit zwei Versammlungsräumen. Ob dort Einzug gehalten werden soll oder nicht, ist eine zweifelhafte Frage, "weil wir dort unter Umständen in den Polstermöbeln versinken würden".

Wie in den anderen Regionalsekretariaten von Solidarität ist die Freiwilligenarbeit sehr umfangreich. Die einzigen festangestellten Leute sind zwei Drucker, ein Buchhalter und eine Schreibkraft. "Sobald wir als Regionalorganisation nach allen Regeln der Kunst konstituiert sind, werden wir mehr Leute beschäftigen", erklärte Bilinski.

Sie träumen offenbar von einer Druckmaschine, auf der sie ihre eigene Zeitung herstellen könnten. Sie haben zwar versucht, die staatlichen Druckereien mit derartigen Arbeiten zu beauftragen, doch hat die örtliche Zensurbehörde stets unzumutbare Veränderungen an den Schriftstücken vornehmen wollen.

"Wir sind etwas beschämt, dass wir um Hilfe bitten. Wir haben doch auch unsere Würde. Aber wir brauchen Druckmaschinen, Druckerschwärze und Papier. Vorläufig reservieren Gross- und Kleinhändler Papier für uns, aber das ist streng genommen gesetzeswidrig", erklärte Bilinski.

Biaszrayk, das Parteimitglied, lehnte es ab, eine Frage über eine mögliche sowjetische Invasion zu beantworten, und die anderen schwiegen. Einig waren sich aber alle darüber, dass Wirtschaftshilfe aus dem Westen wichtig ist. "Polen braucht diese Hilfe und Anleihen sollten bedingungslos gewährt werden. Wir wissen, dass unsere Wirtschaft drunter und drüber ist, glauben jedoch, dass eine Demokratie ohne Brot ebensowenig denkbar ist wie Brot ohne Demokratie", erklärte er.

Auf der Fahrt von Walbrzych nach Breslau sprach ich mit Jan Litynski, einem 34-jährigen Soziologen aus Warschau und aktiven Mitglied der KOR, die 1976 gegründet wurde. Seit der Vereinbarung von Danzig befindet sich Litynski in Walbrzych, um dort bei der Schaffung von Solidarität mitzuhelfen.

“Vor August 1980 war Jacek Pilchowski, ein Techniker, der zusammen mit einer Gruppe von Leuten *“Robotnik“* vertrieb, das einzige oppositionelle Element. Offen gesagt hatten sie aber kaum Einfluss. Es kam hie und da zu einigen Streikbewegungen und Unruhen, worüber man sich einfach ausschwig. Abgesehen von der ausserordentlich langen Arbeitszeit waren die Arbeiter besonders empört über die Korruption und die ungeheure Misswirtschaft. So kam es z.B. zur Verschrottung von funkelneuen Ersatzteilen, nur um die für das jeweilige Jahr festgesetzte Quote für Ersatzteile zu erfüllen. Kostspielige Anlagen und Geräte wurden im Ausland gekauft, erwiesen sich dann aber als uneinsetzbar und nutzlos.“ erklärte er.

“Die frühesten Forderungen von MKS entsprechen genau den 21 Forderungen von Danzig. Eine spätere Forderung lautete auf Abschaffung des regionalen Parteisekretärs, doch wurde diese nicht erfüllt. Im September kam es in kleineren Betrieben zu Arbeitsniederlegungen im Zusammenhang mit Verzögerungen und Betrügereien bei der Erfüllung der in der Danziger Vereinbarung vorgesehenen Lohnerhöhungen. Anfänglich unterstützten die Arbeiter hier die Vorstösse von Solidarität aus politischen Motiven, z.B. zu Gunsten politischer Häftlinge oder gegen die Zensur. Ich glaube jedoch, dass heutzutage weniger Unterstützung für derartige politische Ziele erreicht werden könnte. Die Führungskräfte hier kommen alle aus bestimmten Betrieben. Jacek Pilchowski war ein Mitglied des Präsidiums von MKS, wurde dann allerdings entlassen, weil man wütend war darüber, dass er, ohne das Präsidium zu unterrichten, zu einem Treffen mit dem Wojewoda gegangen war. Nachdem er entlassen worden war, erklärte ihm die Polizei, er könne nicht mehr an seinen alten Arbeitsplatz zurückkehren. Doch beschloss die Belegschaft der Elektronikfabrik, in der er arbeitete, in einer Urabstimmung, in den Streik zur Wahrung seiner Interessen einzutreten, sodass die Polizei schliesslich aufgab. Die im Betrieb durchgeführten Wahlen brachten erhebliche Veränderungen in der Zusammensetzung der alten ad hoc-MKS-Betriebsausschüsse. Rund die Hälfte der alten Mitglieder wurde ersetzt und die neuen Leute sind besser. Die Arbeiter wählen nun jene Leute ab, die ständig herumbrüllen. Es wäre jedoch verfrüht, jetzt schon eine Aussage darüber machen zu wollen, ob die neuen Ausschüsse radikaler als die alten MKS-Ausschüsse sind“, erklärte er.

Litynski ist von kleinem Wuchs, drahtig und voller Energie. Er kleidet sich zwanglos in Jeans und Lederjacke. Zwar ist es ihm gelungen, die Achtung der Arbeiterführer am Ort zu gewinnen, doch besteht kein Zweifel darüber, dass sie in diesem Gebiet bei Solidarität die Führung fest in der Hand haben.

Zum ersten Mal seit 1945 konnten die Bergarbeiter von Walbrzych den Tag den Heiligen Barbara, den vierten Dezember, mit einem traditionellen religiösen Dienst begehen, anstatt wie früher Reden anhören und bei der Überreichung von Medaillen und bei Banketten dabei sein zu müssen.

Um 4 Uhr nachmittags war die grosse Kirche in der hügeligen Bergarbeiterstadt voller Arbeiter und deren Familien. Der Erzbischof von Breslau zelebrierte die Heilige Messe und verwies in seiner Predigt auf den Unabhängigkeitskampf der Polen gegen die Russen im 19. Jahrhundert. Er betete um die stete "Solidarität" der Heiligen Barbara, die bereit gewesen war, in den Tod zu gehen, um ihren Glauben nicht verleugnen zu müssen. Er dankte der heutigen "Solidarität" und forderte die Eltern auf, ihre Kinder im Sinne der polnischen Tradition zu erziehen.

Eine Prozession von Bergarbeitern, gekleidet in die traditionellen Trachten, geschmückt mit Abzeichen der Solidarität, schlängelte sich durch die Kirche, und als sie sich dann mit hoherhobenen Fahnen aus dem Kirchentor auf die Strasse ergoss, stieg manchem eine Träne ins Auge, als dieser Zug, erfüllt mit einem Gemisch von Katholizismus, Nationalismus und Stolz der Arbeiterklasse, — Gefühle die im vorliegenden Fall eng miteinander verbunden waren und sich gegenseitig noch verstärkten —, an ihnen vorbeizog.

Die Messe endete mit einem improvisierten Gespräch zwischen dem Erzbischof und einem Bergarbeiter, die oben auf dem Hochaltar miteinander plauderten, wobei der Erzbischof dem Bergarbeiter seine Mitra überreichte und der Bergarbeiter im Austausch dafür dem Erzbischof seinen Hut gab. Verschiedene Parteimitglieder nahmen an dieser Prozession teil, in der kleine Statuen der Heiligen Barbara mitgetragen wurden, wobei jede dieser für eine Zeche von Walbrzych bestimmt war.

Breslau ist eine der wichtigsten polnischen Industriestädte. Es gibt in diesem Gebiet 433,000 Arbeiter, wovon 80% bei Solidarität organisiert sind. Insgesamt gibt es im weiteren Einzugsbereich dieser Stadt 1,800 Betriebe und Fabriken aus der Maschinenindustrie, für Lokomotiven, Rüstungsindustrie, Elektronik, Haushaltsgeräte, Werkzeugmaschinen sowie Polens viertgrösste Schiffswerft. Breslau ist ebenfalls eine wichtige Hochschulstadt mit 12 Universitäten und polytechnischen Instituten. Die polytechnischen Institute von Breslau beschäftigen ständig 10,000 Leute.

Von der nationalen Zentrale von Danzig einmal abgesehen, scheint die Gewerkschaftsorganisation in Breslau am besten organisiert und ausgerüstet zu sein, wobei zu erwähnen ist, dass hier der erste Fernschreiber von Solidarität aufgestellt wurde. Der Organisation steht eine Etage eines grossen Gebäudes am Roten Platz zur Verfügung mit 15 verschiedenen Büros und Räumen, aufgeteilt nach deren Zweckbestimmung entweder für das Präsidium, die Redaktion, für die Kantine, für die Rechtsberatung, Bildungsberatungsdienste, Gesprächsräume usw.

Der Einfluss von Akademikern und Rechtsanwälten in der Solidarität von Breslau ist stark. Es gibt dort ständig eine Mannschaft von 40–50 Rechtsanwälten, die an Betriebsversammlungen teilnehmen und die beratende Aufgaben bei Wahlen und bei der Abfassung von Reden übernehmen. Der Rechtsberatungsdienst für Arbeiter, die der Auffassung sind, dass sie von der betrieblichen oder Regionalverwaltung ungerecht behandelt worden sind, ist sehr umfangreich.

Ein wichtiger Mann in Breslau ist Karol Modzelewski. Im Jahre 1964 verfasste er zusammen mit Jacek Kuron einen höchst kritischen "Offenen Brief an die Kommunistische Partei", von dem man annimmt, dass er der Ausgangspunkt war für das, was schliesslich zur polnischen Opposition wurde. Modzelewski hat vor einigen Jahren seine aktive Oppositionsarbeit aufgegeben und sich dem akademischen Leben gewidmet, ist aber im September 1980 wieder in das MKS-Präsidium zurückgeholt worden.

Laut Krzysztof Turkowski, einem 26-jährigen Historiker, der stellvertretender Vorsitzender des Präsidiums von Breslau ist, waren die Arbeiter zunächst gegen die Intellektuellen eingestellt, doch ist diese Ablehnung nicht mehr vorhanden. "Die Arbeiter identifizieren sich voll und ganz mit KOR", erklärte er. Er hatte sich eingeschaltet, nachdem er mehrere Tausend die 21 Danziger Forderungen enthaltenden Flugblätter verteilt hatte.

Die Busfahrer in Breslau waren im August in den Streik getreten und er wurde dann zum Pressesprecher und später zum stellvertretenden Vorsitzenden der MKS gewählt. Turkowski erklärte, dass das Präsidium im wesentlichen noch immer aus den alten Mitgliedern des MKS und aus Leuten, die aus grösseren Betrieben in Breslau kommen, bestünde. Es umfasst 17 Mitglieder, aber nur von 12 kann man behaupten, dass sie wirklich aktiv wären. Es treffe zweimal wöchentlich zusammen mit einer im voraus ausgedruckten Tagesordnung, wobei über die getroffenen Beschlüsse ein Protokoll geführt werde. Sie litten nicht unter dem Problem von wilden Streiks in dieser Gegend und hätten korrekte Beziehungen zu der lokalen Partei. Die regionale Parteizeitung sei lesenswerter und stärker für Solidarität eingestellt als anderswo. Es gäbe jedoch keine offiziellen Verhandlungen oder Gespräche mit der Partei, selbst nicht mit der Jugendabteilung der Partei. Die Solidarität von Breslau stehe im übrigen im Begriff, eine eigene Jugendabteilung innerhalb der einzelnen Arbeitsstätten einzurichten, die die Aufgaben der Parteijugendbewegung übernehmen soll.

Andererseits ist ihr Verhältnis zu dem örtlichen Wojewoda gut und es gibt einen ständigen paritätischen Ausschuss mit der regionalen Behörde, der die an einzelne Industriezweige gestellten Forderungen nach Verbesserungen untersuchen soll. Sie besitzen ein Bankkonto über mehrere Millionen Zlotys, doch ist damit ihre grösste Schwierigkeit, nämlich das Fehlen des Zugangs zu Druck- und Vervielfältigungsmöglichkeiten, nicht beseitigt. Sie können nicht einfach in ein Geschäft gehen, um dort eine Druckmaschine zu kaufen. Es gibt in Breslau 8 zentralisierte Druckereien und alle davon sind verstaatlicht. 1944 besass Breslau 211 Druckereien. Sie haben 2 Vervielfältigungsmaschinen und Zugang zu einer Offsetdruckmaschine in einer Druckerei, mit denen sie dann wöchentlich 50,000 Nachrichtenblätter der Solidarität herstellen. Die Qualität des Druckpapiers ist ausserordentlich schlecht und sie würden es begrüßen, wenn westliche Gewerkschaften ihnen kleine Tischoffsetdruckmaschinen, Druckerschwärze, Schreibmaschinen, Kassettenrekorder und Kameras schenken würden.

Das regionale Sekretariat versucht seine Autorität auf Betriebsebene durch Schaffung eines besonderen Wahlausschusses zur Überwachung der innerbetrieblichen Wahlen zu festigen. Das Sekretariat hat mehrere Wahlen für ungültig erklärt und musste einen neugewählten Ausschuss auflösen, weil dieser als erstes damit begann, die Verteilung von Sondergutscheinen an Ausschussmitglieder zu organisieren, mit denen dann die Ausschussmitglieder preiswert einen PKW hätten einkaufen können. "Bei den Wahlen gibt es Probleme. Die Zahl der Kandidaten ist unbegrenzt. Die Leute kommen zu den Wahlversammlungen in einer Stimmung, die an die Vorurlaubszeit erinnert. Wenn der Name eines Kandidaten erwähnt wird, wird heftig applaudiert. Ernsthaftige Fragen, die man an den Kandidaten eigentlich richten müsste, werden nicht gestellt."

"Die Kandidaten selbst verzichten darauf, irgendein gewerkschaftspolitisches Programm vorzutragen, und beschränken sich darauf, zu sagen, dass sie den aufrichtigen Wunsch haben, ihre Wähler nach ihrer Wahl auch zu vertreten," erklärte Turkowski. Die innerbetrieblichen Wahlen folgen im allgemeinen dem von Solidarität auf nationaler Ebene angewandten Modell, wonach die Hälfte der Mitglieder eines Betriebsausschusses je nach Arbeitsplatz, Sektion oder Abteilung gewählt werden und die andere Hälfte anlässlich einer allgemeinen Vertreterversammlung. Der Betriebsausschuss wählt dann seinen geschäftsführenden Vorstand und den Vorsitzenden.

Die Solidarität von Breslau empfängt einen nichtversiegenden Strom ausländischer gewerkschaftlicher Besucher einschliesslich einer Delegation der französischen CGT, die allgemeine Empörung auslöste dadurch, dass sie zunächst einen Besuch bei der ört-

lichen kommunistischen Partei abstattete, bevor sie sich in die Räumlichkeiten der Gewerkschaft bemühte.

Auf örtlicher Ebene werden keine neuen Forderungen aufgestellt. Es geht zunächst vor allem darum, die restlose Durchsetzung der Vereinbarung von Danzig sicherzustellen, insbesondere jene Bestimmungen, die sich auf die Qualifikationen und den Zuständigkeitsbereich von Betriebs- und Unternehmensleitern bezieht. Bisher sind 100 Betriebsführungskräfte in dem Gebiet von Breslau abgelöst worden, und es findet eine ununterbrochene Untersuchung über Korruptionsfälle und Misswirtschaft statt.

In dem Sekretariat von Solidarität in Breslau arbeiten ständig oder zeitweilig insgesamt 70 Leute. Abgesehen von den Freiwilligen gibt es 32 beurlaubte oder freigestellte Betriebsvertreter im Sekretariat und 8 Leute erhalten ihr Gehalt von Solidarität selbst. Aber die endgültige Frage, wieviele hauptamtliche Funktionäre Solidarität schliesslich haben wird, muss noch durch den nationalen Vorstand geregelt werden. Es sind zahlreiche Bildungsveranstaltungen und Lehrgänge durchgeführt worden, an denen mehrere Tausend Arbeiter teilnahmen, und das hat auch in dem grösseren Einzugsgebiet von Breslau zu einer Verstärkung der Tätigkeit von Solidarität geführt.

BRESLAU In der näheren Umgebung von Breslau besichtigte ich eine kleine Elektrofabrik, die Lampen und Schalter herstellt. Dieses Werk gehörte einmal dem Unitra-Konzern an und beschäftigte 2,000 Leute, wovon 75% Frauen sind. Obwohl mein Besuch nicht angekündigt worden war, gab es beim Eintritt in das Werk keinerlei Schwierigkeiten. Ein Anruf vom Empfang aus genügte und schon war ein Vertreter von Solidarität da, der dann auch die erforderlichen Vorkehrungen traf, damit ich die Genehmigung der Betriebsleitung zum Betreten des Werksgeländes erhielt. In unmittelbarer Nähe der Werkstore befanden sich grosse in Glaskästen untergebrachte Anschlagbretter, auf denen die Bilder und Lebensläufe der 66 Kandidaten für die 10 Sitze im Vorstand der innerbetrieblichen Organisation zu sehen waren. Einige davon waren PRZP-Mitglieder. Nur sechs waren Frauen.

Ich sprach mit Radoslaw Obst, 49, einem EDV-Mann und Vorsitzenden der MKS in dem Betrieb, Barbara Nabzdyk, 37, einer Vorarbeiterin an der Fertigungsstrasse und Czeslaw Koztowski, 34, einem Ökonomen.

90% der Belegschaft sind Mitglieder der Solidarität. Sie organisierten sich im August, nachdem sie über die Streiks in Danzig unterrichtet worden waren. "Die Arbeiter waren sehr unglücklich hier. Sie wollten mehr Geld. Sehr oft kam es zu Versorgungslücken, wodurch die Fertigung unterbrochen werden musste und dies bedeutete dann geschmälertes Einkommen", erklärte Barbara Nabzdyk. "Es wird aber zu keinen weiteren Lohnfragen mehr kommen. Der gesunde Menschenverstand muss die Oberhand behalten," fügte sie hinzu.

Obwohl 3/4 der Belegschaft Frauen sind, sind nur 3 Frauen im Präsidium vom MKS vertreten und nur 6 Kandidaten für die Betriebswahlen aufgestellt worden. "Ich weiss, wir sind nur drei", erklärte Frau Nabzdyk, "aber wenn wir unsere Meinung sagen, schenkt man uns aufmerksam Gehör." In diesem Augenblick kam Czeslaw Koztowski, der Ökonomie, in den Raum, und einige Minuten später der Vorsitzende der MKS, Radoslaw Obst. Von diesem Augenblick an beherrschten die beiden Männer das Gespräch und schnitten Frau Nabzdyk das Wort oft ab.

Der Vorstand von MKS hat Vertreter in 59 Sektionen (Kreisen, wie sie sich ausdrücken) innerhalb der Fabrik, die die Arbeiter ohne Unterbrechung der Fertigung betreuen. Diese 59 Sektionen wählen entweder Vertreter im Gesamtvorstand, der einmal monatlich zusammentritt oder überwachen die Arbeit des Präsidiums.

Sie verwenden die Büros der alten Gewerkschaft und haben noch nicht darüber beschlossen, was mit dem ihnen zufließenden Einkommen zu geschehen hat. "Wir verwenden einen Teil davon für Sozialleistungen verwenden, bei gewissen Krankheitsfällen, Unfällen, Geburten. Wir haben noch nicht darüber beschlossen, wieviel von dem Geld für Verwaltungstechnisches aufgewendet werden darf. Die Arbeiter haben sich an den Gedanken gewöhnt, dass ein Teil der Gewerkschaftsbeiträge für die Bezahlung von Sozialleistungen verwendet wird, und an diese Tradition werden wir uns auch halten müssen", erklärte Obst. Er bekleidet einen mit 15,000 Zlotys ausserordentlich gut bezahlten Posten, d.h. sein Gehalt ist dreimal so hoch wie der durchschnittliche Monatslohn.

Er erklärte, er wolle die Arbeiter zusammen mit der Betriebsleitung mitbestimmen lassen bei der Lösung der im Betrieb anfallenden Fragen. Er möchte mehr erfahren über die Mitbestimmung in Westdeutschland. "Wir müssen die von uns hergestellten Erzeugnisse und die von uns verlangten Preise überprüfen. Letztenendes sind wir ja Miteigentümer dieses Betriebes im Rahmen unseres Systems. Wir sollten die besten Betriebe besichtigen und uns fragen, weshalb können wir nicht ebenso effizient produzieren wie diese. Unser grösstes Problem in den nächsten 6 Monaten wird darin bestehen, auf allen Ebenen die erforderlichen Wirtschaftsreformen durchzuführen. Gerade hier fehlt es uns ausserordentlich stark an Informationen. Es ist noch immer sehr schwer, die von uns ins Auge gefassten Lösungen in Worte zu kleiden", sagte er.

Sie sind eng in die regionale Organisation von Solidarität eingegliedert, und alle zwei Wochen entsenden sie einen Vertreter zu einer Art Generalkonferenz von 500–600 Betriebs- und Unternehmensvertretern innerhalb des Gebietes. Ein ad hoc-Ausschuss, in dem Arbeiter aus Elektrogeräte herstellenden Fabriken verbunden sind, ist mittlerweile gegründet worden, und Barbara Nabzyk war ein Mitglied dieses Ausschusses. Am vorausgegangenen Sonntag sei sie in Warschau gewesen, um dort zu den Arbeitern einer Rundfunkgerätefabrik zu sprechen. "In der alten Metallarbeitergewerkschaft CRZZ waren viel zu viele verschiedene Industriezweige unter dem Begriff Metallarbeiter zusammengefasst" behauptete Koztowski. "Wir versuchen nun die Unternehmen mit ähnlichen Produktionsprofilen zusammenzubringen".

In Ober- und Niederschlesien verursacht die Umweltverschmutzung durch die Industrie grösste Sorgen. Die Arbeiter von Unitra wissen, dass ihr Werk einen Fluss der Gegend stark verschmutzt, sind sich aber nicht im Klaren darüber, was dagegen unternommen werden kann.

Ein weiteres Problem ist das der Wohlfahrt der Rentner, die mit 1,300 Zlotys (US\$ 42) pro Monat auskommen müssen. "Die älteren Arbeiter, die früher in der Fabrik arbeiteten, gehören Solidarität ebenfalls an und wir müssen auch ihre Rechte wahren", erklärte Obst.

In diesem Augenblick zog Koztowski eine Art Rede oder Erklärung aus der Tasche, die er offenbar für irgendeine andere Versammlung aufgeschrieben hatte, und begann diese vorzulesen. "Unser Ziel ist Gerechtigkeit, Ehrlichkeit und Wohlstand für alle unsere Mitglieder. Wir müssen wissen, was für eine Arbeit wir tun, für wen wir arbeiten, weshalb wir etwas erzeugen und was wir erzeugen und auch weshalb wir ständig schlange stehen müssen. Wir müssen sagen, was wir denken und erklären, dass niemand das Recht hat, uns unsere Eigenpersönlichkeit zu entziehen"

Sie erklärten, dass sie ausländische Rundfunksender hörten, insbesondere Radio Freies Europa, und dass die polnischen Fernsehnachrichten nun viel interessanter seien. Sie verurteilten jedoch westliche Presseartikel sehr scharf, in denen behauptet wird, dass eine russische Invasion bevorstünde. "Natürlich sprechen auch wir darüber, aber was wir jetzt brauchen ist Frieden, Ruhe und Freiheit. Die Reformen sind von allen angenommen worden, sowohl von den Arbeitern als auch von den Behörden", erklärte Obst.

Er trat ebenfalls für eine umsichtige Einstellung zu der Frage der gerichtlichen Verfolgung der für die Unterdrückung in den Jahren 1970 und 1976 verantwortlichen Leute: "Natürlich muss man die Leute zur Rechenschaft ziehen über das was sie getan haben, aber nicht jetzt, wo alles so gefühlsgeladen ist".

Auf der langen Reise von Breslau nach Kattowitz stiessen wir plötzlich auf sieben leichte Panzer, die am Rand eines schneebedeckten Feldes standen. Alle schauten gespannt aus dem Fenster, aber beim näheren Hinblicken stellte sich heraus, dass es sich um eine polnische Einheit handelte, und die Soldaten sahen halb verfroren aus. Einige wenige Kilometer weiter hielt uns dann eine Polizeistreife an. Drei Polizisten prüften unsere Papiere und behaupteten, sie suchten gestohlene Wagen.

Ein polnischer Witz: *Frage:* Warum bestehen die polnischen Polizeistreifen immer aus drei Mann? *Antwort:* Einer kann lesen, einer kann schreiben und der dritte muss diese beiden Intellektuellen bewachen.

An den die Strasse nach Kattowitz überspannenden Brücken konnte man Devisen lesen wie "Aufrüstung nein, Verhandlungen ja". Wobei dies ein Hinweis auf die SALT-Verhandlungen ist und nicht etwa auf die militärische Unterdrückung von Solidarität.

In Kattowitz ist eine riesige Häuserwand bedeckt mit einer Seite an Seite angebrachten polnischen und einer sowjetischen Flagge. Darüber sieht man zwei Hände, die in einem Händedruck verbunden sind, und neben diesem Bild das Schlagwort "Ewiges Bündnis, brüderliche Freundschaft, umfassende Zusammenarbeit". Man sagt mir, dass vor August 1980 in Schlesien viel weniger derartige Transparente zu sehen gewesen seien.

Kattowitz ist das Stahl- und Bergbauzentrum Polens. Es ist eine schwarze griesgrämige Stadt, in der die Kleidung nach wenigen Stunden durch die schwere Industriever- schmutzung selbst dreckig wird. Solidarität ist in 750 Betrieben, Bergwerken und Zechen organisiert und behauptet, dass 80% der 500,000 Seelen umfassenden Arbeits- kräfte des Gebiets in der Solidarität organisiert sind. Die neuen Stahlwerke (Huta Nova) wurden mit Hilfe sowjetischer Kredite und westlicher Technologie in den 70er Jahren gebaut. Das Werk hat sich als ausserordentlich kostspielig und die Stahlerzeu- gung als leistungsschwach erwiesen. Der erzeugte Stahl kann auch nicht mit Gewinn ab- gesetzt werden. Ferner ist das Werk noch nicht nach den ursprünglichen Plänen voll ausgebaut. Solidarität fordert, dass von weiteren Investitionen von Huta Nova abgese- hen wird. Einer der Arbeiter gab zu, dass das Stahlwerk als Sinnbild für die verhängnis- volle Investitionspolitik in der Gierek-Ära benutzt würde, wies jedoch darauf hin, dass es am Ort selbst eine bedeutende Quelle für Beschäftigung sei.

Ich sprach mit Adam Czerwinski, 33, einem Schweißer und Janusz Gorny, 25, einem Computertechniker im Hauptsitz von Solidarität, einem dreistöckigen Gebäude etwas abseits von der Strasse gelegen und in einem etwas lächerlich anmutenden pompösen Stil gehalten. Während des Krieges befand sich hier das Hauptquartier der Gestapo, und später wurde das Gebäude als Empfangszentrum und privater Klub für höhere Unter- nehmersleiter der Region verwendet.

Kasimierz Switon ist ein prominenter Mann am Ort (siehe nächstes Kapitel). Er war in den Hungerstreik getreten, um gegen einen Entscheid des regionalen Gouverneurs zu protestieren, wonach eine Strasse gebaut werden sollte, die den Prozessionsweg zum bedeutendsten polnischen Heiligtum der Jungfrau von Czestochowa in der Nähe von Kattowitz abgeschnitten hätte. 1977 gründete Switon, ein Fernsehgerätemechaniker, einen Ausschuss für freie Gewerkschaften, der bei den Arbeitern von Kattowitz Flug- blätter verteilte. 1978 wurde er verhaftet und nach einer Klage wegen angeblicher Tätlichkeiten gegen vier Polizisten eingekerkert. Amnesty International hat ihn als einen Gefangenen aus Gewissensgründen anerkannt. Bei seiner Einkerkierung kam es zu Hungerstreiks und Kundgebungen. Im März 1980 wurde er entlassen.

Wie andere Industriestädte wurde Kattowitz von der in Danzig ausgelösten Streikwelle im August ebenfalls erfasst. 20,000 Stahlarbeiter traten in den Ausstand und drohten mit der restlosen Stilllegung der grössten Hochöfen, wenn die Danziger Vereinbarung nicht abgeschlossen würde. Sie zwangen die Regierungsvertreter, mit den Streikenden in Kattowitz zu verhandeln, um sicherzustellen, dass die Danziger Vereinbarung für ganz Polen Geltung haben würde.

“Trotz der von der Partei errichteten Hindernisse konnten wir Solidarität organisieren. Innerhalb der Betriebe war der Zugang zu Rundfunkgeräten, Fotokopiermaschinen und Druckmaschinen sehr schwierig. Sie versuchten, aktive Gewerkschafter der Solidarität feuern zu lassen und erhoben ständig Einwand dagegen, dass Gewerkschaftsmitglieder zwecks Solidaritäts-Aktivitäten freigestellt würden“, erklärt Czerwinski. “Ein weiterer Trick bestand darin, dass man Solidarität in einigen Betrieben veranlasste, gemeinsam

mit der Betriebsleitung und den nun von der Bildfläche verschwundenen Ausschüssen für Selbstverwaltung eine Vereinbarung zu treffen, in der eine Verbesserung der Produktivität gefordert wird. Im gegenwärtigen Zeitpunkt lassen wir uns nicht mitverantwortlich für die Produktion machen. Die Partei hat ebenfalls Flugblätter oder Karikaturen verteilen lassen, die angeblich von Solidarität kämen, die aber in Tat und Wahrheit der Solidarität jedoch geschadet hätten, hätte man sie ernst genommen“, fügte er hinzu.

Er zeigte eines der Blätter, eine grobe Karikatur einer griffbereiten Hand, wobei auf jeder Fingerspitze das Gesicht eines führenden Solidaritätsaktivisten in Kattowitz eingezeichnet war, und daneben konnte man lesen, dass der Betreffende ein Trunkenbold, ein gewissenloser Geselle oder sonstwie eine zweifelhafte Gestalt sei.

Was fordern sie nun? “In erster Linie fordern wir, dass Solidarität in Ruhe gelassen wird, damit sich die Organisation erst einmal organisieren kann. Zweitens fordern wir die Abschaffung der Zensur. Drittens, dass gewisse Gebäude der Partei oder der Sicherheitspolizei zu Schulen oder Krankenhäusern umgebaut werden. Viertens, dass man die Menschenwürde des Arbeiters respektiert“, antwortete Gorny.

Sie können weitere Investitionen in Huta Nova nicht unterstützen. Früher sei das einmal eine vordringliche Aufgabe gewesen, doch würden nun LKW's mit Zement oder Stahl für diese Werke auf der Strasse abgefangen und auf Baugelände umgeleitet, wo Partei- oder Polizeigebäude errichtet werden. Kostspielige Anlagen und Geräte aus dem Westen, die für das Werk bestimmt gewesen seien, seien ebenfalls nicht am eigentlichen Bestimmungsort eingetroffen, sondern seien schliesslich in privaten Händen gelandet. Man versuche dort die Schaffung von Ausschüssen zu erreichen, die damit beauftragt wären zu untersuchen, was mit Mitteln und Anlagen geschehen ist, die ursprünglich für das neue Stahlwerk Huta Nova bestimmt waren. 50% der Produktion des Stahlwerkes würde an die Sowjetunion geliefert. “Aber unsere Preise sind viel zu niedrig“, erklärte Gorny. “Wir erhalten 99 Kopeken für jeden Dollar Stahl. Wenn wir eine Konkurrenz zu fairen Preisen hätten, dann könnte dies ein Anreiz sein für die Erhöhung der Leistungsfähigkeit“.

Eine wichtige Frage in dem Gebiet ist die Umweltfrage. Solidarität hat in jedem Betrieb Ausschüsse eingesetzt, um dort Arbeitsschutzfragen und Umweltfragen zu behandeln. In einer wegen ihrer bedenkenlosen Umweltverschmutzung berüchtigten Aluminiumhütte zwang Solidarität die Betriebsleitung, Abgasfilter in die Schlotte einzubauen, um die Umwelt zu schützen.

Obwohl sie es ablehnten, mit der kommunistischen Partei Gespräche zu führen, finden Verhandlungen mit der Regionalverwaltung (Wojewoda) statt. In jeder Stadt des Gebietes gibt es einen Koordinationsausschuss, der über Fragen wie öffentliche Verkehrsmittel zu diskutieren hat. Dabei werden auch sehr viele Einzelfälle behandelt: In gewissen Fällen z.B., so sagen sie, haben Leute 20 Jahre warten müssen, bis man ihren Problemen endlich Aufmerksamkeit schenkte.

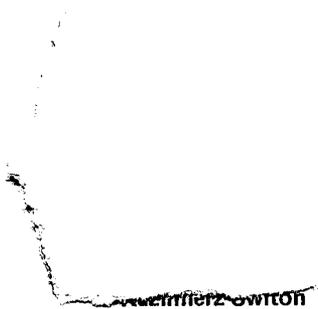
Was haben sie nun seit dem September 1980 ihrer Auffassung nach erreicht? “Wir haben mit der Auflösung der sozialen und politischen Kollektive begonnen, — die Partei, die Jugendbewegung und andere von der Partei kontrollierte Organisationen“, antworteten sie. “Diese Gremien hatten eine ungeheure Machtfülle — sie entschieden über Beförderungen, den Einkauf eines Wagens oder die zur Verfügungstellung einer Wohnung. Wir haben nun der willkürlichen Zuteilung von Wohnungen ein Ende bereitet.

Man befragte uns auch im Zusammenhang mit Veränderungen im Betrieb. Wir zwingen die Betriebsleitungen dazu, dass sie jeweils die Verantwortung für ihre Betriebe übernehmen“

Doch, so werfen sie ein, verfügten sie noch immer nicht über genug Daten, auf Grund welcher sie echte Beschlüsse fassen könnten. “Wir wissen, dass Polen wirtschaftlich gesehen sich in einem Chaos befindet“, erklärte Gorny, “aber wenn wir nicht wissen, wieviel für den öffentlichen Gesundheitsdienst ausgegeben wird oder wieviel für die innere Sicherheit oder sogar wie hoch eigentlich das Volkseinkommen ist, wie sollen wir da über etwaige wirtschaftliche Prioritäten entscheiden?“

Würden sie für die fünf Forderungen der Warschauer Stahlwerke betreffend die gerichtliche Verfolgung der Leute eintreten, die für die Unterdrückung der Arbeiter in den Ereignissen des Jahres 1970 und 1976 verantwortlich waren? “Solidarität muss zunächst für die Bürgerrechte kämpfen, um dann auch die Rechte der Arbeitnehmer ausbauen zu können. Wenn fundamentale Menschenrechte verletzt werden, ist alles gefährdet“, erklärten sie.

Die Organisation Solidarität in Kattowitz bringt wöchentlich 90,000 Exemplare eines lokalen Nachrichtenblattes heraus. Dabei werden 20 Leute vollzeitlich beschäftigt, die meisten von ihnen sind Rechtsanwälte. Sie versuchen Informationen und Forderungen von den innerbetrieblichen Solidaritätsorganisationen zusammenzutragen, um letztendes zu entscheiden, welche Struktur die Organisation haben soll. Sie erklärten, sie begrüßten Besucher westlicher Gewerkschaften.



„Ich schlafe im Büro der Solidarität von Kattowitz und stehe um sechs Uhr früh auf und wasche mich. Danach begeben wir uns zum Frühstück mit meiner Frau und meinen Kindern und komme hierher zurück. Ich bemühe mich, mindestens ein Werk pro Tag zu besuchen. Es gibt innerhalb der Betriebe immer wieder organisatorische Probleme. Das Entscheidende ist, dass wir unsere Organisation nun festigen und ausbauen können. Sobald wir stark genug sind, können wir unsere Probleme selber lösen. Aber ganz ehrlich gesagt, wir verfügen nicht über ausreichende Erfahrung, denn letztendlich: wieviele von uns wissen um die Schaffung und Gründung einer Gewerkschaft?“

„In Schlesien haben wir keinerlei Einwände gegen die Danziger Führungskräfte. Sobald sie in angemessener Weise konstituiert sind, werden die regionalen Solidaritäten stark genug sein, um unabhängig arbeiten zu können. Streiken möchten wir jedoch nicht aus eigenen Stücken. Der Streik ist ja die letzte Waffe. Ein Streik würde heutzutage zu einer Katastrophe führen. Ich glaube nicht, dass ein Einmarsch wahrscheinlich ist, aber die Möglichkeit ist nicht auszuschließen.“

„Nach dem Besuch der Betriebe kehre ich in mein Büro hierher zurück. Dabei bleiben die Türen ständig offen. Offenbar reisst der Strom der Leute, die mich treffen wollen, nicht ab. Es kann sich um ein soziales Problem handeln, wie zum Beispiel der vorliegende Fall, wo ich für ein an Lungenentzündung leidendes 12-jähriges Mädchen in den Bergen einen Platz finden musste oder auch um ein anderes Problem, das mir soeben vorgelegt worden ist, nämlich, was mit einem jugendlichen Kriminellen geschehen soll, dessen Vater von zu Hause weggelaufen ist und dessen Mutter schwer krank darniederliegt.“

„Vor August 1980 wurden die Leute, die mit mir Verbindung aufgenommen haben, insbesondere im Zusammenhang mit dem freien Gewerkschaftsausschuss, von der Polizei schikaniert. Einige wurden auf die Strasse gestellt, andere konnten ihre Rechtsansprüche plötzlich nicht mehr durchsetzen, während die Kinder einiger dieser Leute plötzlich nicht mehr weiter studieren durften. Nun kommen diese Leute zu mir und fordern Gerechtigkeit.“

„Manchmal finde ich kaum Zeit mein Mittagessen einzunehmen, und zum Lesen der Zeitungen oder zum Fernsehen ist überhaupt keine Zeit vorhanden. Ich bin der Auffassung, dass die Gewerkschaften ausserhalb Polens die IAO unter Druck setzen und fordern sollten, dass die IAO-Übereinkommen eingehalten werden. Sie könnten ebenfalls bei ihrer jeweiligen Regierung Einfluss nehmen, damit diese bei der Gewährung von Anleihen an Polen eine Vorbedingung auferlegen, wonach diese Gelder zu Investitionen in der Verbrauchs-güterindustrie und nicht für die Rüstung verwendet werden. Abends schreibe ich Briefe und führe Gespräche mit Leuten und um ein oder zwei Uhr morgens gehe ich dann zu Bett“.

Die Produktionskapazität Polens wird mit der gesetzlichen Einführung der 5-Tageweche ab 1. Januar 1981 eine weitere Einbusse erleiden.

Die freien Wochenenden waren Teil der Danziger Vereinbarung und mussten für Gesamtpolen akzeptiert werden, obgleich ein Minister erklärt hat, hierüber müsse wahrscheinlich erneut verhandelt werden.. Ein Problem besteht nun darin, dass die Verkäuferinnen und Verkäufer ebenfalls gefordert haben, dass der Samstag als freier Tag gelten müsse, sodass am Sonnabend viele Geschäfte geschlossen sind.

Ich fragte die Stahlarbeiter von Kattowitz, ob sie bereit wären, zu einer 6-Tageweche zurückzukehren, wenn ein entsprechender Aufruf an sie erlassen würde, um der polnischen Volkswirtschaft zu helfen. "Bestimmt nicht", war ihre Antwort. "Wir haben früher 6 Tage und mehr geschuftet und die Volkswirtschaft befindet sich trotzdem in einem miserablen Zustand. Die Antwort auf dieses Problem muss in einer Verbesserung der betriebswirtschaftlichen Methoden und der Anlagen gesucht werden und nicht darin, dass man versucht, den polnischen Arbeiter sich zu Tode schufteten zu lassen."

EIN STREIK IN EINEM FERNHEIZUNGSWERK IN DER NÄHE VON KATTOWITZ

Wohnhäuser und andere Gebäude in den grösseren Städten und Ortschaften Polens werden mit Hilfe von Dampfrohren beheizt, die ausgehend von zentralgelegenen städtischen Fernheizanlagen in die Häuser und Gebäude der näheren Umgebung verlegt wurden.

Am 10. Oktober 1980 traten Arbeiter in 6 derartigen Fernheizwerken in den Ausstand, im wesentlichen, um eine Lohnerhöhung durchzusetzen. Ich sprach mit einer der Streikenden, einer 30-jährigen Frau. "In unserem Betrieb gab es keine Organisation Solidarität. Wir veranstalteten lediglich eine Betriebsversammlung und stellten dort unsere Forderungen auf. Doch kam kein Verantwortlicher der Betriebsleitung zu dieser Versammlung, um mit uns zu sprechen. Ich nehme an, man könnte sagen, dass wir am Ende unserer Geduld waren und wir haben dann einfach die Beheizung unterbrochen, allerdings Krankenhäuser und Kindergärten weiterhin bedient. Schliesslich bemühte sich jemand, zu uns zu kommen und es wurden Lohnverbesserungen vereinbart sowie ein neues Lohnsystem, das ab 1. Januar eingeführt werden soll."

"Nun gibt es eine Solidaritätsgewerkschaft im Betrieb, sie ist allerdings noch nicht sehr gut strukturiert. Die alte Gewerkschaft ist ebenfalls noch vorhanden und deren Vertreter sind clever genug, um einige unserer Forderungen aufzugreifen. Als Ergebnis des Streiks haben wir nun Verbindungen zu ähnlichen zentralen Heizanlagen in ganz Schlesien. Was uns richtig wütend machte, was die Behauptung, die man nach dem Streik in den Zeitungen lesen konnte, wonach der Zusammenbruch der Fernheizung verursacht worden sei durch einen Akt der Sabotage. Derartige Zeitungsberichte bringen uns wirklich in Rage."

Schlesien, – das Ruhrgebiet Polens, – weist eine mit Solidarität rivalisierende Gewerkschaft auf. Sie hat ihren Hauptsitz in dem kleinen Gebiet von Jastrzebie und soll angeblich 25,000 Mitglieder haben, im wesentlichen Bergarbeiter von den insgesamt 1 Mio. Arbeitern in ganz Schlesien.

Der Sekretär dieser Gewerkschaft ist ein älteres Mitglied der regionalen PZPR und man geht davon aus, dass diese Organisation von der kommunistischen Partei den Auftrag erhalten hat, Solidaritätsmitglieder abzuwerben oder zu verhindern, dass Gewerkschafter sich Solidarität anschliessen.

Die NSZZ von Jastrzebie ist in den polnischen Zeitungen und Zeitschriften immer wieder erwähnt worden, insbesondere im Zusammenhang mit ihrer kritischen Einstellung zu Lech Walesa und mit den von ihr erhobenen Anschuldigungen, dass Solidarität eine zu starke politische Färbung annehme.

Eine klare Vorstellung darüber, wie viele diese und andere "alt-neue" Gewerkschaften im Vergleich zu Solidarität unterstützen, wird erst dann möglich sein, wenn im Januar die betrieblichen Wahlen und im Februar 1981 die regionalen Wahlen abgeschlossen sein werden.

Auch hier ist Solidarität in einem etwas baufälligen Haus, das allerdings vor Geschäftigkeit überbordert, untergebracht. Am Sonnabend früh ist hier ein ständiges Kommen und Gehen und sämtliche Fernsprecher läuten ohne Unterlass. Das dreistöckige Gebäude, das ihnen die städtischen Behörden überlassen haben, umfasst 29 Räume und sechs Fernsprechanschlüsse. Sie hoffen, in Bälde in ein grösseres Gebäude übersiedeln zu können. Obwohl Krakau als eine wunderschöne Universitätsstadt am bekanntesten ist, ist es doch gleichzeitig auch ein bedeutsames Industriezentrum mit einer erwerbstätigen Bevölkerung von rund 750,000. Die Krakauer Leninstahlwerke beschäftigen 40,000 Arbeitnehmer und es gibt auch bedeutende Aluminiumhütten, Schwermaschinenbetriebe und metallverarbeitende Werke in diesem Gebiet.

Ich sprach mit Andrzej Cyran, dem stellvertretenden Vorsitzenden der Solidarität von Krakau, einem Hoch- und Tiefbauingenieur, sowie mit Sonik Boguslaw, einem Rechtsanwalt, Mitarbeiter von KOR und Mitglied des lokalen Solidaritätspräsidiums. Sie erklärten mit, 500,000 Beschäftigte seien bei Solidarität organisiert und sie seien in 1,400 Betrieben gewerkschaftlich präsent. Die Mitgliederlisten werden in getrennten Karteien im Büro geführt.

"Es geht uns zunächst vor allem darum sicherzustellen, dass wir überhaupt existieren. Einen grösseren Mitgliederzulauf erwarten wir nicht mehr. Wir müssen uns nun angemessen organisieren." Sie setzen Arbeitsschutzausschüsse in den Betrieben ein und fordern die Schliessung oder Modernisierung von umweltverschmutzenden Betrieben. "Eine erstrangige Vordringlichkeit ist die Beschaffung einer leistungsfähigen Vervielfältigungsmaschine. Wir wollen ebenfalls Bildungslehrgänge und Vorträge für Arbeiter durchführen", erklärte Cyran. Alle 14 Tage findet eine Zusammenkunft der innerbetrieblichen Vertreter von Solidarität statt, und ein leitender Krakauer Gewerkschaftsfunktionär begibt sich nach Danzig zu einer wöchentlichen Sitzung des nationalen Vorstands.

Mit der Partei hatten sie keine grösseren Probleme. "Wir befinden uns hier in einer der wenigen Gegenden, wo es zu keinen grösseren Spannungen gekommen ist. Wir versuchen nun ein System zu schaffen, in dem es zwei Kräftefelder gibt. Dies kann sicherlich nützlich sein, um Licht auf vergangene Fehler in diesem System zu werfen", erklärte Cyran.

Ihr gewerkschaftspolitisches Programm besteht zunächst in der restlosen Verwirklichung der 21 Danziger Forderungen sowie in der Durchführung einer Untersuchung der Ereignisse im Jahre 1970 und 1976. "Alles was wir tun, hat eine politische Signifikanz. Das ist unvermeidlich. Doch sind die Behörden etwas besser an die Streiks gewohnt. Der Begriff "politisch" wurde verwendet, um den Arbeitern Angst einzujagen. Doch sollte man einmal die durch Streiks verursachten Verluste mit jenen Verlusten vergleichen, die auf die miserable Organisation der Betriebe zurückzuführen sind".

In dem 20-köpfigen Präsidium sind 5 Stahlarbeiter. Sie erklärten, man habe sich bemüht, gewerbliche Arbeiter zu veranlassen, auf der regionalen Ebene Funktionen zu

übernehmen, "doch schlagen die Belegschaftsmitglieder noch immer die besser qualifizierten Leute in den Betrieben als Kandidaten vor".

Die katholische Kirche, so erklären sie, unterstütze sie moralisch und zeige ihnen auch, wie eine Institution innerhalb eines bestimmten Systems unabhängig bleiben könne. KOR sei im August und September bei der Verteilung von Flugblättern und als Informationszentrum wichtig gewesen.

Sie brauchen vor allem Vervielfältigungsmaschinen, Schreibmaschinen und Papier. Sie sind der Auffassung, dass es möglich sein sollte, Mitglieder der Solidarität in den Westen einzuladen, doch sollten derartige Einladungen ausschliesslich von Gewerkschaften stammen, die "ohne ideologischen Hintergrund" sind. Sie wollten nicht näher auf diese Frage eingehen, wiesen jedoch darauf hin, dass kirchliche Organisationen ebenfalls Einladungen an aktive Mitglieder der Solidarität richten könnten, die dann bei Veranstaltungen über das Thema des Aufbaus und Betriebs demokratischer Gewerkschaften teilnehmen könnten. Sie würden es auch begrüßen, wenn sich die westlichen Massenmedien bemühen würden, die Geschehnisse in Polen und die Schaffung von Solidarität weniger oberflächlich zu analysieren.

Die Solidarität von Breslau bringt allwöchentlich ein 8–12-seitiges Nachrichtenblatt im Format A5 heraus. Die Druckbuchstaben sind sehr klein und diese Tatsache zusammen mit der schlechten Qualität des Offsetdruckes und des Papiers macht das Blatt für den westlichen Beobachter ziemlich unansehnlich.

Die Ausgabe vom 21. November 1980 wird eingeführt mit einem Leitartikel eines Intellektuellen über die Bedeutung der betrieblichen Wahlen. Der Hauptzweck von Solidarität, so heisst es darin, bestehe darin, die demokratischen Freiheiten zu schaffen. Solidarität bekenne sich zur Wahrheit und dies wird ihr Beitrag zur Führung des Staates sein. Die schlimmste Gefahr würde dann entstehen, wenn die Gewerkschaft von Karrieremachern und Opportunisten unterwandert würde. Das Hauptanliegen von Solidarität seien die Probleme der Arbeiter in den Betrieben. In den weiteren Ausführungen tritt der Verfasser für die territoriale Struktur von Solidarität ein und streift auch die Frage der Selbstverwaltung.

Ferner findet sich in diesem Nachrichtenblatt ein Bericht über Verhandlungen in Danzig zwischen den Behörden und den Bediensteten des öffentlichen Gesundheitswesens. Diesem folgt ein Bericht über die Feierlichkeiten in Danzig anlässlich des Unabhängigkeitstages (11. November). Der letzte Artikel ist einer längeren Analyse der moralischen und politischen Rolle der Gewerkschaft gewidmet.

Die Ausgabe vom 29. November war ausschliesslich dem Aufstand von 1830 gegen die Russen gewidmet.

Auffallend ist bei all diesen von uns gelesenen Nachrichtenblättern von Solidarität, dass es an Artikeln und Berichten über spezifische Probleme des Arbeitslebens und der gewerkschaftlichen Organisation eigentlich fehlt. Auch Berichte über Ereignisse innerhalb der Betriebe sind selten. Die im Dezember 1980 erschienenen Nachrichtenblätter wiesen in dieser Hinsicht jedoch Fortschritte auf.

Die Titelseite des Nachrichtenblatts der Krakauer Solidarität vom 22. November gibt einen Bericht wieder über den Aufstand von 1830 gegen die Russen. Gefolgt war dieser von einem Artikel über die bei betrieblichen Wahlen geltenden Verfahren, einem Auszug aus einer auf einer Lehrerversammlung gehaltenen Rede, einer Aufstellung über von den Oberschullehrern aufgestellte Forderungen, einem Artikel über Umweltschutz, einem Artikel über aktuelle wirtschaftspolitische Fragen, zwei Briefen an den Herausgeber und einer Erklärung der Regionalorganisation von Solidarität in Warschau über die Verhaftung von Druckern im Zusammenhang mit dem geheimen Bericht des Staatsanwaltes über Schikanen gegen Solidarität und KOR-Mitglieder.

Der Bau dieses grossen Stahlwerks, in dem 40,000 Menschen beschäftigt sind und das den Wandel Polens seit 1945 von einer Agrargesellschaft zu einer Industrienation versinnbildlicht, begann im Jahre 1954. Ohne ein Treffen im voraus vereinbart zu haben, konnten die Büros der Solidaritätsgewerkschaft im Betrieb besucht werden. Diese Büros liegen in einem grossen Pfortnerhaus neben dem Haupteingang des Werkes. Die betriebliche Gruppe von PZPR hat ebenfalls Büros im gleichen Gebäude und das brandneue Schild der Solidarität steht neben dem der PZPR neben dem Haupteingang des Gebäudes.



Das Büro der Solidarität in den
Leninstahlwerken, Krakau

Innerhalb des Büros von Solidarität sprach ich mit Kasimir Kubowicz, einem Werkfahrer, Jerzy Włodarski, einem Elektriker und Andrzej Hudosek, einem Arbeiter in der Verkabelungsabteilung. Sie interessierten sich alle stark für die Gewerkschaften im Westen und wollten wissen, ob die betriebliche Gewerkschaft von Solidarität sich dem IMB anschliessen könne.

Sie behaupteten, 96% der Belegschaft sei bei Solidarität organisiert und die übrigen 1,000 bei der alten Gewerkschaft. Im August hatten sie 6 Tage lang gestreikt. Sie hatten das Werk in 26 Abteilungen aufgeteilt, wovon jede einen eigenen Abteilungsausschuss wählte. Es gibt einen Gesamtbetriebsvorstand bestehend aus einem Delegierten für je 800 Belegschaftsmitglieder, und dieser wählt sein eigenes Präsidium. Sie bringen ein Wochenbulletin heraus.

Neben der Verwirklichung der Danziger Forderungen verlangen sie im wesentlichen eine Untersuchung über die Misswirtschaft in den Stahlwerken. Sie haben gefordert, dass der oberste Rechnungshof eine Untersuchung durchführt, haben aber bisher noch keine Antwort erhalten.

Sie haben zusammen mit anderen Stahlwerken einen Stahlindustrienausschuss ins Leben gerufen, der alle 18 Tage zusammentritt und allgemeine Fragen der Stahlindustrie behandelt, wobei dieser Ausschuss ebenfalls für Verhandlungen mit Regierungsstellen über den Stahltarifvertrag zuständig ist.

Der Ausschuss hatte mit dem für die Stahlindustrie zuständigen Minister bereits Ge-

Gespräche sowie mit einer polnischen Parlamentskommission für die Schwerindustrie. Als Ergebnis des Gesprächs mit dem Minister erklärte sich dieser bereit, einen Sonderausschuss einzusetzen, bestehend aus Sachverständigen und den technischen Direktoren von Stahlwerken, der folgenden Auftrag zu erfüllen hätte:

- 1) Vorbereitung einer Untersuchung der Arbeitsbedingungen innerhalb der Stahlwerke :
- 2) Berichterstattung über den Einfluss der Stahlwerke auf die Umweltverschmutzung;
- 3) Untersuchung von Mitteln und Wegen zur Beseitigung der Ineffizienz in der Industrie;
- 4) Berichterstattung über möglicherweise gefährliche Arbeitsmethoden und Vorlage von Vorschlägen über die Verkürzung der Arbeitszeit für Stahlarbeiter, die Schwerarbeit oder gefährliche Arbeiten auszuführen haben.

SOLIDARNOŚĆ

KOMITET ROBOTNICZY HUTNIKÓW
ORGAN ZAŁOŻYCIELSKI NIEZALEŻNYCH
SAMORZĄDNYCH ZWIĄZKÓW ZAWODOWYCH
KOMBINATU HUTA im. LENINA

*Związkowe pozdrowienia
dla International Metalworkers
Federation.*

*Komitet Robotniczy
Hutników
O.S.Z.Z. „Solidarność”
Huta im. Lenina Kraków*

*1735- Włodowicz
Jankowski
Jankowski*

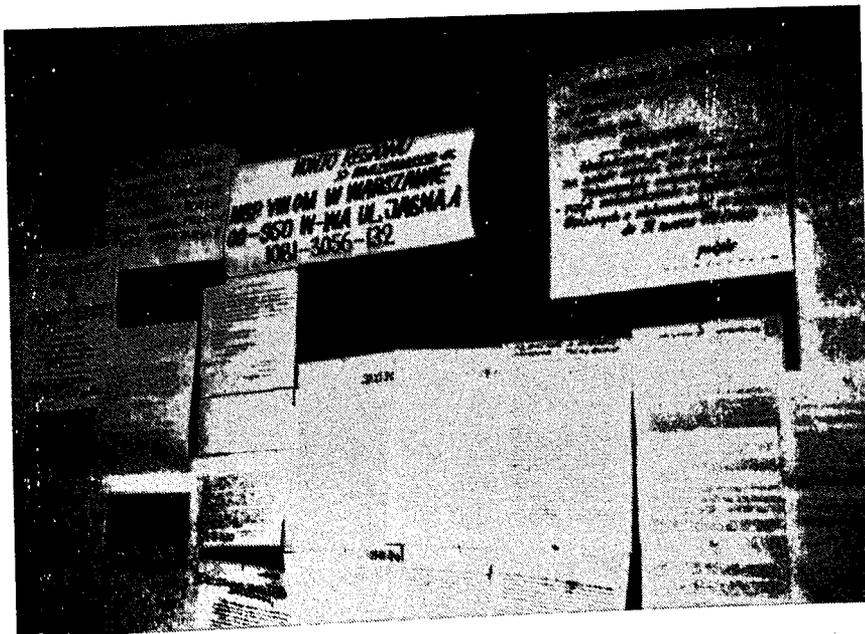
Grüße an den IMB von der Solidarität in Krakau

Eine neue Methode für Solidarität Geld zu sammeln besteht darin, Kunstauktionen durchzuführen, denen polnische Künstler entweder Werke stiften oder für ein symbolisches Honorar überlassen. Auf zwei derartigen Auktionen in Warschau wurden insgesamt 2,5 Mio. Zlotys (US\$ 81,000) gesammelt.

Ich war auf einer dieser Auktionen in Krakau anwesend. In der ganzen Stadt konnte man Plakate lesen, auf denen Werbung für diese Auktion getrieben wurde. Der grosse Saal war gefüllt mit gutgekleideten Leuten der Mittelklasse. Die Ausrufung durch den Auktionator erfolgte sehr schnell und die erzielten Preise waren sehr grosszügig. Einige der Gemälde würden wohl kaum als Kunstwerke eingestuft werden und man hatte das Gefühl, dass mancher Künstler wohl dankbar war, dass er seine Bilder endlich an den Mann bringen konnte; sie wären wohl sonst jahrelang in irgendeiner Studioecke stehen geblieben. Niemand schien sich jedoch um die fragwürdige künstlerische Qualität der Werke zu kümmern und es wurden mehrere hunderttausend Zlotys als Ertrag erzielt. Die Versteigerung war eine öffentliche Veranstaltung, bei der es ein grosses Kommen und Gehen gab.

Der Warschauer Bezirk der Solidarität hat 600,000 Mitglieder aus 2,000 Betrieben. Sie haben mehr gewerbliche Arbeitnehmer als Angestellte. Ich sprach mit Janusz Onyszkiewicz, dem Sprecher der Regionalorganisation von Warschau. Solidarität hat ein dreistöckiges Gebäude im Zentrum Warschaus. Die Empfangshalle ist sehr geschäftig und es bilden sich dort am Schalter für den Kauf von Regionálnachrichtenblättern, Abzeichen und T-shirts wahre Schlangen. Andere Räume werden für Gespräche verwendet, während im Untergeschoss die Vervielfältigungs bzw. Druckmaschinen stehen.

Vielleicht sieht man in Büros der Solidarität in Warschau noch viel weniger Arbeiter im Vergleich zur grossen Zahl der hochqualifizierten Leute oder der Akademiker als in den Provinzstädten. "Das trifft sehr wohl zu", antwortete Onyszkiewicz. "Hier trifft man Intellektuelle und Angestellte. Aber im Präsidium haben die gewerblichen Arbeitnehmer die Mehrheit. Wir hatten eine Zeit lang sehr viele Arbeiter, die im Büro Hilfe leisteten, aber sie hassen einfach Papierarbeit. Nun sind sie Mitglieder in den sogenannten Interventionskommissionen, die darauf spezialisiert sind, in den Betrieben bestehende Probleme mit ausräumen zu helfen."



Anschlagbrett im Büro der Solidarität in Warschau

Er sagte, die Region sei dagegen, dass man die Arbeiter nach dem Industriegewerkschaftsprinzip organisiere, denn dadurch würde Solidarität ganz einfach zu einem Gewerkschaftsverband. Es wird für die einzelnen Industrien Koordinationsausschüsse geben, doch werden diese über keine ständigen Sekretariate noch über irgendwelche ausführende Macht verfügen. Sie können die bestehenden Probleme diskutieren, aber alle spezifischen Massnahmen können nur mit Zustimmung der regionalen oder nationalen Solidarität durchgeführt werden."

Man prüfe, so erklärte er, zur Zeit die Möglichkeit der Schaffung von Fachabteilungen innerhalb von Solidarität, in denen z.B. alle Fahrer oder Elektriker zusammengefasst

würden, in dem Bemühen, festzustellen, ob eine gemeinsame Lohnpolitik entwickelt werden könnte. Er betonte jedoch, dass diese Vorhaben noch nicht spruchreif seien.

Ein Hinweis auf die Spannung und den Druck, unter welchem Solidarität arbeitet, wurde dadurch geliefert, dass genau in diesem Augenblick eine Frau in den Raum hineinstürzte und Onyszkiewicz wegholte. Wenige Augenblicke später kam er zurück und erklärte, die russische Nachrichtenagentur TASS habe eine Nachricht herausgebracht, wonach in der südpolnischen Stadt Kielce der Solidarität angeschlossene Arbeiter des Zündkerzen herstellenden ISKRA-Werkes das örtliche Parteibüro gestürmt hätten und es besetzt hielten. Fernmündliche Rückfragen bei Solidarität in Kielce ergaben, dass der TASS-Bericht eine reine Erfindung war, und die polnische Regierung gab selbst sehr schnell ein Dementi heraus. Dieser Bericht über die Zündkerzenfabrik von Iskra zeigt jedoch, wie die Sowjetunion mit Vorbedacht Spannung schafft und versucht, den Eindruck zu erwecken, als ob in Polen alles ausser Rand und Band sei. Nichtsdestotrotz verurteilte Onyszkiewicz das, was er als "Säbelrasseln" in den westlichen Massenmedien bezeichnete. Dagegen könnten wir nichts tun. Wir müssen kaltes Blut bewahren. Der Westen sollte objektiv über die hiesigen Ereignisse berichten."

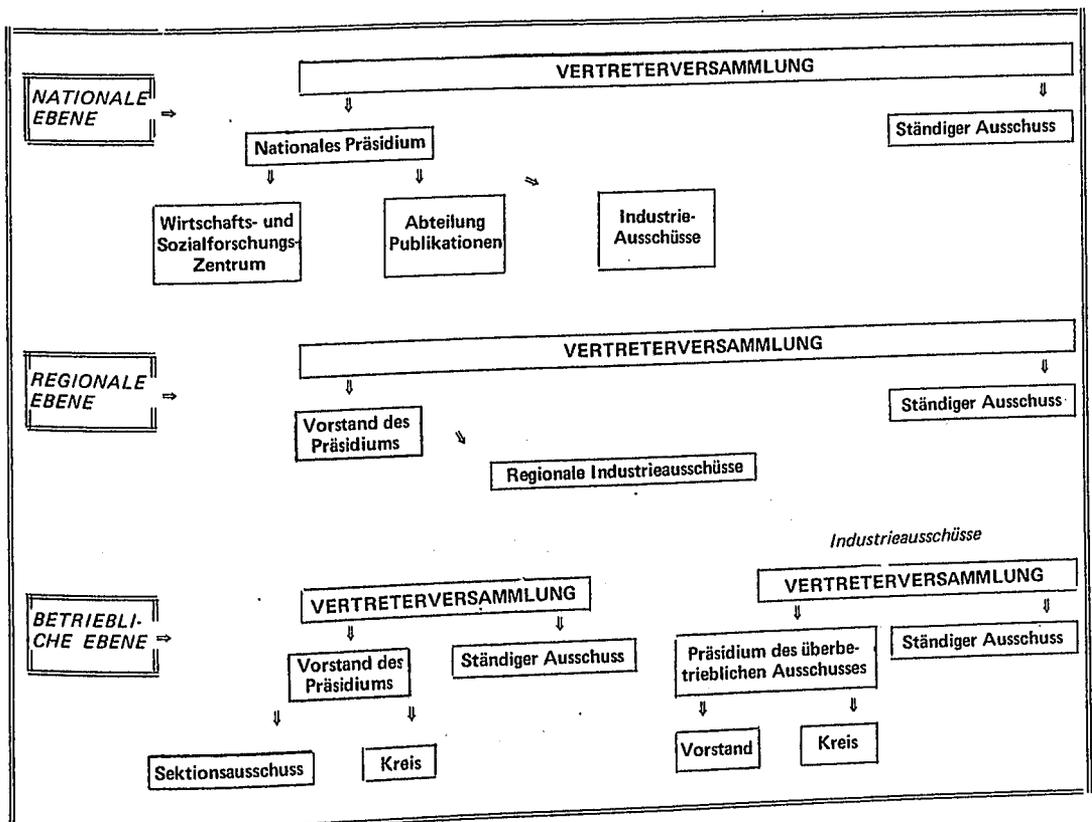
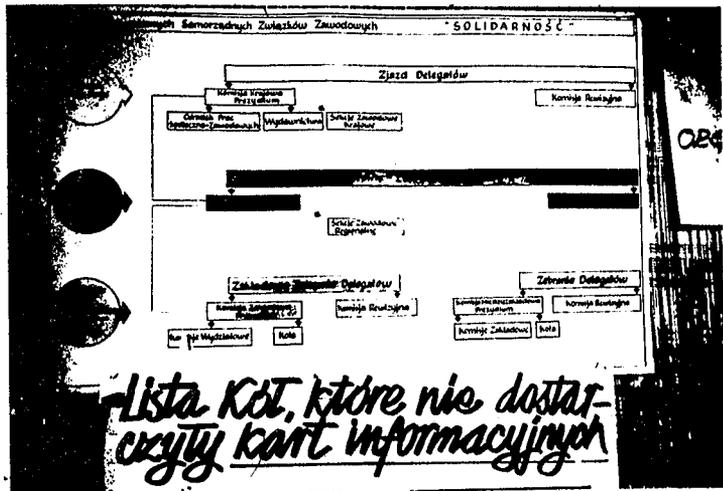
Onyszkiewicz sagte voraus, dass die Streiks in der Warschauer Region zu Ende gehen würden. Aber wie steht es mit dem Streik, der ein paar Tage zuvor in dem Warschauer Stahlwerk ausgebrochen war wegen der fünf Forderungen betreffend die gerichtliche Verfolgung der für die Unterdrückung im Jahre 1970 und 1976 Verantwortlichen? Der Streik klang ab, nachdem Lech Walesa und Jacek Kuron in einem Regierungsflugzeug in die Werke geflogen worden waren und sie die Arbeiter überzeugten, im Austausch für ein Versprechen der Regierung, die Ereignisse von 1970 und 1976 untersuchen zu lassen, wieder an ihre Arbeit zurückzukehren. War das nicht ein glatter politischer Streik? "Es waren keine politischen Forderungen. Eine politische Forderung wäre z.B. die Forderung auf eine Veränderung der Struktur des Landes. Was wir fordern ist die Einhaltung des Gesetzes," erklärte Onyszkiewicz.

"Wir buckeln uns zuviel auf. Die in uns gesteckten Erwartungen sind sehr hoch. Die Leute meinen, Solidarität sei ein Allheilmittel für alle Übel. Es ist eine schwierige Position, denn die Leute erwarten von uns, dass wir über rein gewerkschaftliche Aktivitäten hinausgehen. Es ist gut, dass wir ein nationales Zentrum in Danzig haben. Wir würden ganz einfach zusammenklappen, wenn wir uns auch noch mit nationalen Problemen befassen müssten," erklärte er.

Die Warschauer Region von Solidarität hat damit begonnen Leute einzustellen. Die meisten Aktiven sind aber noch immer ehrenamtlich. Onyszkiewicz selber z.B. ist Dozent für Mathematik an der Warschauer Universität. "Wir müssen nun damit beginnen, Berufsleute für die Verwaltungsarbeit einzustellen," erklärte er.

Er verwies auf drei Hauptbedürfnisse. Erstens Vervielfältigungs- bzw. Druckmaschinen einschliesslich einer IMB-Composer (Textverarbeitungsmaschine), sowie Chemikalien und Matrizen. Zweitens engere Kontakte mit Gewerkschaften ausserhalb Polens, einschliesslich eines Besucheraustausches. Drittens sollte der Westen versuchen, Polen wirtschaftlich zu helfen.

**AUFBAU
VON
SOLIDARITÄT**



Besuch der FSO-Automobilfabrik im Nordosten Warschaus. 16,000 Beschäftigte in dieser Fabrik erzeugen Fiat Polski 125 und den PKW Polonez.

In der in hellen Farben gehaltenen sauberen Fabrikantenne sprach ich mit Tadeuz Witacz, einem 53-jährigen Dreher, der seit 29 Jahren im Betrieb beschäftigt ist.

Warschau (die Stadt und die Umgebung ist als Mazowsze-Region bekannt) ist das Gebiet, wo Solidarität am meisten Probleme hat. In erster Linie hatte sich als schwierig erwiesen, die zahlreichen Büroangestellten, die unmittelbar für die Regierung tätig sind, anzuwerben und zu organisieren und zweitens wird alles, was die Gewerkschaftsorganisation Solidarität in Warschau unternimmt, von der Öffentlichkeit, von den Medien, von der Partei und von der Regierung unter die Lupe genommen. Verschiedene Leute haben darauf hingewiesen, dass wenn die Schrift des Staatsanwaltes über die Schikanen gegen Solidarität, die zur Verhaftung von 2 Mitgliedern der Solidarität geführt hatte, sowie zu einem grösseren Streik in dem Raupenschlepperwerk Ursus und in den Warschauer Stahlwerken bis zur Freilassung der beiden Gewerkschaftsmitglieder, anderswo veröffentlicht worden wäre, dann wäre die Reaktion der Behörden nicht so ausgeprägt gewesen.

In den beiden von mir in Warschau besuchten Werken (Fiat Polski und Ursus-Raupenschlepperwerk) machten die Vertreter von Solidarität, mit denen ich sprach, obwohl sie sehr freundlich und zuvorkommend waren, doch den Eindruck, als stünden sie unter viel stärkerem Druck als ihre Kollegen in Breslau und Krakau. Im Fiat Polski-Werk z.B. erklärte Witacz, dass er in drei Monaten, d.h. nach Abschluss der Betriebs- und Regionalwahlen, viel freier werde sprechen können als jetzt.

Auch hier war der Anlass zur gewerkschaftlichen Selbstorganisation der Streik in Danzig. Verschiedene Fabrikabteilungen versammelten sich spontan und bildeten Ausschüsse, und diese wählten dann einen Vertreter im Vorstand der Gesamtorganisation.

Sie haben keine grösseren Forderungen aufgestellt, sondern konzentrierten sich im wesentlichen auf die Bemühungen um die Organisation. Sie behaupten, sie hätten 13,000 Mitglieder in der Solidarität, d.h. 81%. Diese Zahl ist ihnen bekannt, weil die Mitglieder bei Eintritt ein Formular unterzeichnen mussten, mit Hilfe dessen 1% ihres Lohnen als Mitgliederbeitrag der Solidarität überwiesen werden kann.

„Die 'alt-neuen' Gewerkschaften versuchen sich in mehr Demokratie. Sie sind besser als früher organisiert. Sie verfügen noch immer über ein Büro und bringen ihr eigenes Bulletin heraus, während wir Beiträge zu einer allgemeinen Betriebszeitung leisten,“ erklärte er.

Es soll offenbar kein besonderer Ausschuss eingesetzt werden für die polnische Automobilindustrie, obwohl es zu einer Versammlung mit Vertretern von Solidarität aus Automobilwerken und Ersatzteiffabriken gekommen ist, im Verlaufe derer die im Danziger Abkommen vorgesehenen Lohnerhöhungen besprochen wurden.

Die Beschäftigten arbeiten regelmässig 20 Überstunden pro Monat (Überstundenzuschlag für die ersten beiden Überstunden 50% und 100% für die restlichen Überstunden), und er erklärte (obwohl das nicht nachgeprüft werden konnte), dass die Arbeitnehmer gelegentlich 150 Überstunden pro Monat leisten.

Besuch der Raupenschlepperfabrik Ursus in einem Vorort im Westen Warschaus. Das Werk Ursus beschäftigt 16,500 Arbeitnehmer und ist ziemlich bekannt, weil sich die Beschäftigten von Ursus 1976 bei den Kundgebungen gegen die Verteuerung der Lebensmittelpreise stark eingeschaltet hatten. Die Beschäftigten begnügten sich nicht damit, in den Streik zu treten, sondern sie rissen auch die Schwellen von Eisenbahnliesen auf, und die Unterdrückungsmassnahmen der Polizei gegen sie waren besonders rücksichtslos. Wie übrigens bei Fiat Polski war es ziemlich leicht in die Fabrik zu gehen und dort ein Gespräch mit einem Vertreter von Solidarität zu verlangen, doch konnte ich das Werksgelände selbst nicht betreten, da der Betriebsleiter, der für die Zulassung ausländischer Besucher in das Werk zuständig ist, abwesend war.

Ich sprach mit Maciek Stolwiski, 30, einem Dreher. 1980 hätten die Belegschaftsmitglieder von Ursus fünfmal gestreikt: Im Juli wegen der Verteuerung der Lebensmittel, im August wegen Danzig, im Oktober wegen einer Verbesserung der Löhne und zweimal im November wegen der Registrierung von Solidarität und der Verhaftung von zwei Druckern. "Aber nun sind wir streikmüde. Ich glaube, dass wenn man wieder eine Streikparole ausgeben würde, würden wir dieser nicht folgen, es sei denn, der Streik wäre von ausserordentlicher Bedeutung."

Stolwiski erklärte, dass 90% der Belegschaftsmitglieder von Ursus Solidarität angehörten, wobei bei den gewerblichen Arbeitnehmern 100% organisiert seien. In diesem Werk gibt es einen sehr komplizierten Wahlmodus, der zu einer Vollversammlung von 326 Leuten führt. Die Wahl der Vertreter wird gewichtet in dem Versuch, sämtliche Berufe und Werksabteilungen zu erfassen. Die Vertreterversammlung wählt dann ihrerseits einen Hauptvorstand von 89 Leuten, der ebenfalls gewichtet ist und der einmal monatlich zusammentritt. Dieses Gremium wählt einen Vorsitzenden, einen stellvertretenden Vorsitzenden, und zusammen mit den Vorsitzenden der vier Unterausschüsse bilden diese dann das Präsidium. Eine kleine Anzahl von Vertretern waren noch PZPR-Mitglieder, aber keiner im Präsidium.

Solidarität wird bei Ursus schliesslich 13 hauptamtliche Leute haben, wobei 10 von Solidarität ihr Gehalt erhalten und drei vom Betrieb freigestellt sind. Er erklärte, dass die alten Metallgewerkschaften 140 Funktionäre in dem Werk gehabt haben, sowie sehr luxuriöse Büros. Was die Mitgliederzahl angeht, so gab er freimütig zu, dass er keine genauen Angaben machen könne, denn erst jetzt sei die Unterzeichnung der Formulare für den Beitragsabzug vom Lohn (1% des Lohnes) für Solidarität angelaufen. Am 1. Dezember 1980 eröffneten sie ein Bankkonto. Am 11. Januar 1981 könnte mit Hilfe des Betriebscomputers festgestellt werden, wieviel Geld in die Gewerkschaftskasse auf Grund des Beitragabzuges vom Lohn einfliesst. Mitte September hatten sie mit der alten CRZZ-Metallgewerkschaft eine Vereinbarung unterzeichnet, wonach diese Gewerkschaft bis zur endgültigen Etablierung der Solidarität einige ihrer sozialen Funktionen weiterführen würde.

Eines der Hauptprobleme im Betrieb war schlechte Betriebsführung. Entweder wurde zuviel Material bestellt und musste dann im Freien ohne angemessenen Schutz gelagert

werden und wurde deshalb beschädigt, oder die Maschinisten erhielten unverhältnismässig grosse Rohlinge zur Herstellung kleiner Zylinder, so dass zuviel Abhub beim maschinellen Bearbeiten entstünde. Schliesslich käme es sehr oft zu einem Stillstand des Fließbandes, weil Einzelteile nicht rechtzeitig eintreffen.

“Wir haben einen Sonderausschuss eingesetzt, der beauftragt ist, mit den erforderlichen Unterlagen diesen Fällen der Misswirtschaft nachzugehen. In Tat und Wahrheit hat Solidarität bereits erreicht, dass die Beschäftigten es ablehnen, gewisse Arbeiten in der alten höchst unwirtschaftlichen Weise auszuführen,” erklärte Stolwiski.

Stolwiski ist auch Mitglied eines gemeinsamen Ausschusses Ursus – Radom (der beiden Betriebe, wo die Kundgebungen 1976 so brutal unterdrückt wurden), der beauftragt ist, die Unterdrückungsmassnahmen von 1976 zu untersuchen und Bemühungen anzustellen, um für die damals entlassenen Arbeitnehmer neue Arbeitsplätze zu finden sowie eine Entschädigung für den für sie entstandenen Lohnverlust durchzusetzen.

Schliesslich machte Stolwiski noch eine sehr interessante Bemerkung im Zusammenhang mit der Frage der Sabotage. Wenige Tage zuvor war es in einem Betriebsbereich, wo ein neuer Bodenbelag verlegt wurde, zu einem rätselhaften Feuer gekommen. Schliesslich sei während der Nacht einmal ein Förderband eingeschaltet worden und die darauf befindlichen Maschinen seien dann am Ende des Förderbandes zu Boden gestürzt. Wer war dafür verantwortlich? “Antisozialistische Kräfte,” antwortete er und liess es dabei bewenden. Andere Leute von Solidarität, die nichts mit Ursus zu tun haben, erklärten, dass derartige Sabotageakte wahrscheinlich von Werkspolizisten oder fanatischen Parteianhängern verübt würden, mit dem Ziel, einen Zustand der Spannung zu schaffen und den Namen der Solidarität zu verunglimpfen.

Radom ist eine kleine Industriestadt etwa 80 km südlich Warschaus. Sie wurde 1976 bekannt, nachdem Arbeiter in einer der wichtigsten Rüstungsfabriken Polens ihre Arbeit niederlegten und gegen die Verteuerung der Lebensmittelpreise demonstrieren. Die Unterdrückung des Streiks war besonders brutal, wurden doch mit den Arbeitern auf Polizeiwachen wahre Spiessrutenläufe veranstaltet; es kam zu Massenentlassungen und die örtliche Partei organisierte Massenveranstaltungen in einem Fussballstadion, auf denen die 1976 in den Streik getretenen Arbeiter gezwungen wurden, ihr "Verbrechen" gegen den sozialistischen Staat "zu gestehen", während auf der Versammlung diese verantwortungslosen "Gesellen" immer wieder verurteilt wurden.

Am Abend meines Besuches in Radom fand eine Sitzung des Solidaritäts-Präsidiums statt. Daran nahmen teil: Andrzej Sobieraj, Vorsitzender, 31, Metallarbeiter; Jacek Jesz, 37, Elektronentechniker; Janusz Skalski, 25, Transportarbeiter; Edmund Chojnacki, 42, Ingenieur; Ryszard Kalinowski, 35, Dekorateur; Wlodzimierz Cichy, 33, Fließbandarbeiter. Der Sekretär Andrzej Daumas, 34, ist Archäologe. Auch andere Leute kamen rein und gingen wieder raus, während das Präsidium tagte, und nahmen zum Teil auch an der Aussprache teil. Es gab keine eigentliche Tagesordnung und das Gespräch ging hin und her im Verlaufe der Zeit, während welcher ich anwesend war. Sie sassen zwanglos in einem Halbkreis um den Vorsitzenden herum, während der Sekretär an einem Nebentisch das Protokoll führte. Der Vorsitzende leitete die Aussprache mit Geschick und gestattete jedem das zu sagen, was er zu sagen hatte, wobei er erforderlichenfalls am Ende kurz die Diskussion zusammenfasste.

Sie besetzen zur Zeit die ehemaligen Regionalbüros von CRZZ, hatten jedoch vorher ein Sit-in und einen kurzen zehntägigen Proteststreik organisiert, weil sie eigene Büros verlangten. Man hatte ihnen mittlerweile neue Büros angeboten, sie befürchteten jedoch, dass die Stadtverwaltung ihnen ein schlechtgebautes Gebäude anbietet, und dass sie dann erhebliche Geldsummen bezahlen müssen, um das Gebäude in Stand stellen zu lassen.

"Wir sind nicht bereit, auf jedes Angebot einzugehen. Das Gebäude muss dauerhaft sein," erklärte einer von ihnen. Der Sekretär erklärte, dass wenn sie die angebotenen Büroräume ablehnen oder unannehmbare Bedingungen stellen, Solidarität dann als unverantwortlich kritisiert und verunglimpft würde. Würden sie andererseits die angebotenen Räumlichkeiten annehmen, dann könnte es schon sein, dass sie sehr viel Geld ausgeben müssten, um alles wieder in Ordnung zu bringen. Der Vorsitzende fasst diesen Teil der Aussprache zusammen: Die Solidarität von Radom wird die von der Stadt angebotenen Räumlichkeiten annehmen, allerdings nur bei Erfüllung folgender Voraussetzungen.

- 1) Die Räume müssen sauber gestrichen und geweißt sein;
- 2) Bei den Heizungskosten sollte man den Nachttarif berechnen;
- 3) Auf Kosten der Stadt müssten vier Fernsprechanchlüsse verlegt werden;

- 4) Ein Fernschreiber müsste eingerichtet werden;
- 5) Es müsste der schriftliche Nachweis erbracht werden, dass das Gebäude in seiner Struktur die erforderliche Festigkeit habe.

In diesem Augenblick bringt eine junge Frau und eine andere Frau, die sonst in einem Nebenbüro Schreibmaschine schreiben und Briefe in Umschläge legen, Tee herein.

Ohne dass ein bestimmter Tagesordnungspunkt aufgerufen würde, beginnt man damit, über Probleme zu sprechen, die entstehen könnten, wenn die Werkspolizei plötzlich gegen sie vorginge. Sie beraten über die Möglichkeit, Schattenmitglieder des Präsidiums zu wählen, damit, sollten sie nach einer sowjetischen Intervention verhaftet werden, die Solidaritätsorganisation weiterbestehen würde, die dann die Betriebe mit Informationen beliefern könnte. "Selbst wenn alle Fernsprechanchlüsse abgeschnitten werden, können wir trotzdem die Verbindungen aufrechterhalten," erklärte einer. Ein anderer erklärte, man müsse eine Liste zuverlässiger Solidaritätsleute aufstellen. "Es spielt keine Rolle, wenn diese Liste in die Hände der Polizei fällt. Die wissen ja ohnehin, wer wir sind und wo man uns finden kann."

Hier tritt ein Experte über Lebensmittelvertrieb in den Raum und die Versammlung wechselt unverzüglich zu einem anderen Thema über. Man spricht jetzt über die Zuteilung von Fleisch- und Wurstrationen zu Weihnachten. Sie beschliessen, dass zwei Präsidiumsmitglieder bei dem Wojewoda vorstellig werden sollten, um diese Frage mit ihm zu besprechen.

- "Wir brauchen 2 Kilo Fleisch und 2 Kilo Wurst. Mehr als ein halbes Kilo Fleisch dürfen wir nicht aufgeben und die Wurstration muss ebenfalls sichergestellt sein."
- "Ja, aber wenn er nur ein Kilo Fleisch anbietet?"
- "Aber unsere Kinder hungern ja bereits. Wir können sie nicht weiter hungern lassen."
- "Aber wenn er nur ein Kilo Fleisch anbietet?"
- "Dann brechen wir die Verhandlungen ab und fordern von ihm, dass er die Fleischausfuhr aus dem Gebiet unterbindet."

Hier schaltet sich der Vorsitzende ein.

- "Wir müssen auf 2 Kilo Fleisch bestehen. Aber vielleicht könnten wir einen Abstrich von 200 Gramm akzeptieren."
- "Nein, das können wir nicht. Die Arbeiter bestehen auf 2 Kilo. Dann muss man wieder mit ihnen sprechen."
- "Gut" sagte der Vorsitzende, "es ist so beschlossen. Wir werden dem Wojewoda erklären, dass 2 Kilogramm Fleisch und 2 Kilogramm Wurst ohne Rückfrage bei den Arbeitern nicht unterschritten werden dürfen."

Sie kehren dann zurück zur Frage der Aufrechterhaltung der Solidaritätsorganisation, falls es zu einem Übergriff käme. Der Vorsitzende erklärte, er werde versuchen, so oft wie möglich im Büro zu bleiben. Sie erwähnen die Namen anderer Führer, die einen engen Kontakt mit dem Büro aufrechterhalten sollten. "Es kann ja Momente geben, wo sehr schnell Entscheidungen gefällt werden müssen," erklärte der Sekretär. "Gut, wir wissen, wen wir hier brauchen. Wir wissen auf welche Betriebe Verlass ist. Lassen wir es dabei bewenden," erklärte der Vorsitzende.

Bei der Beratung kam dann eine Kleinstadt in der Region zur Sprache, in der ein eigener MKZ vorhanden ist. Sollte man es zulassen, dass dieser sein eigenes Bankkonto hat?

„Nein,“ erklärte einer entschlossen. „Nun, welche Beziehung besteht zwischen einem MKZ in einer Stadt und einem regionalen Solidaritätsbüro?“, fragte ein anderer. „Wir sollten versuchen sie dazu zu bringen, dass sie mit uns zusammenarbeiten, ihnen Ratschläge geben. Wenn sie aber ihre Eigenpersönlichkeit aufrechterhalten wollen und wenn sie ihr eigenes Bankkonto besitzen wollen, dann können wir das kaum verhindern,“ erklärte der Vorsitzende.

Der Sekretär stellte eine Frage über die auf der nächsten Sitzung zu behandelnden Geschäfte und man erklärte ihm, dass er eine Pressemitteilung herausgeben sollte, in der all jenen gedankt wird, die über Solidarität der Unterstützungskasse für die Opfer der italienischen Erdbeben einen Beitrag geleistet haben.

Sie beschlossen, die Frage der Bildungsprogramme, die sie durchführen könnten, erneut zu überprüfen. „Wir müssen einen zweiten Lehrgang über das Arbeitsgesetz durchführen. Schliesslich sollten wir auch Lehrgänge für Arbeiter im Betrieb durchführen, denn wir können nicht erwarten, dass sie nach Radom kommen,“ erklärte einer. Ein anderer fügte hinzu, „Wir müssen die Mitarbeit von Ökonomen sicherstellen bei diesen Lehrgängen. Wir bilden innerbetrieblich immer wieder Ausschüsse, um die Leistung der Betriebsleitung in der Vergangenheit und heute zu überprüfen, und unsere Vertreter in diesen Ausschüssen müssen einige volkswirtschaftliche Vorkenntnisse haben.“

Eine kleine Gruppe sollte am nächsten Tag nach Danzig fahren, um dort an einer Sitzung des nationalen Ausschusses teilzunehmen und zu versuchen, Druckgeräte von der nationalen Solidaritätsorganisation zu erhalten. Es kam zu einer ziemlich hitzigen Auseinandersetzung über die Frage, ob man mit dem Wagen oder mit dem Zug reisen sollte und zum offensichtlichen Ärger derjenigen, die nach Danzig fahren sollten, beschloss die Versammlung in einer offenen Abstimmung, (der ersten eigentlichen Abstimmung während meiner Anwesenheit), die Leute mit dem Zug dorthin zu schicken.

Am Schluss der Beratungen las der Sekretär den Entwurf seines Protokolls über die Sitzung vor, das dann von den Anwesenden verabschiedet wurde.

Das Solidaritätsbüro von Stettin (in der Region ist eine halbe Million Arbeitnehmer beschäftigt) liegt über einer Feuerwehrawache unmittelbar gegenüber der Schiffswerft von Warski, wo 12.000 Werftarbeiter eine Vielzahl von Schiffstypen sowie Schiffsmaschinen und -geräte herstellen. Riesige Plakate verweisen auf die Steigerung der seit 1950 produzierten Tonnage und enthalten Aufrufe und Ermunterungen an die Arbeiter auf dem Weg in die Schiffswerften. Am 17. Dezember empfangen die Arbeiter eine neue Botschaft – eine einfache Plakette neben dem Haupteingang. Darauf wird der Arbeiter gedacht, die während der Kundgebungen gegen die Erhöhung der Lebensmittelpreise im Jahre 1970 von den Sicherheitskräften erschossen wurden. Wie in Danzig wird der Toten von 1970 auch in Stettin häufig gedacht, und am Anschlagbrett der Solidarität befinden sich Fotografien aus dem Jahre 1970, auf denen das in Brand stehende Parteibüro zu sehen ist, während die Strassen von einer grossen Menschenmenge und von Panzerwagen gefüllt sind.

Ich sprach mit Bogdan Batura, 30, einem Schweißer aus der Schiffswerft Warski, Kasimierz Kostrzewski, 36, einem Maschinisten aus der Schiffswerft Warski, Alexander Krystosikia, 58, einem Klempner aus der Schiffsreparaturwerft von Parnica, in der 1000 Arbeiter beschäftigt sind und mit Luzia Plaugo, einem Vorarbeiter aus der Versandabteilung.

Die Entwicklung von Solidarität in Stettin ist vergleichbar mit der in anderen Regionen. Gleichzeitig mit dem Danziger Streik gingen sie in den Ausstand und besetzten die Schiffswerften, und sie unterzeichneten dann am 30. August mit dem zuständigen Minister eine Vereinbarung. Seitdem haben sie nur noch einmal gestreikt, und zwar handelte es sich um einen einstündigen Warnstreik zur Zeit der Auseinandersetzungen wegen der Eintragung der Organisation Solidarität.

Sie geben eine 90%ige Mitgliedschaft der Warski Schiffswerft an sowie 98% bei der Schiffsreparaturwerft von Parnica. Sie wollten keine neuen Lohnforderungen aufstellen. "Unsere Hauptforderungen lauten auf Wiedereinstellung der 1970 gemassregelten Leute, wir wollen mehr Lebensmittel, ausreichend Bau- und Arbeitsmaterial in der Werft. Bisher gab es viel zu viele Leute, die herumsitzen mussten, weil sie nichts zu tun hatten. Dabei handelte es sich nicht um eigentliche Korruption, sondern einfach um schlechte Betriebsleitung. Man stellte Leute ein, die von ihrer Arbeit keine blasse Ahnung hatten. Offen gesagt haben wir für dieses Problem noch keine Antwort gefunden. Wenn man Material bestellen oder irgendetwas erreichen wollte, musste man die richtigen Leute kennen oder man trat nach unten und buckelte nach oben. All das muss geändert werden."

"Im Oktober gab es z.B. kein Zinn mehr bei uns und es sah so aus, als ob dadurch in bestimmten Abteilungen die Produktion gestoppt werden müsste. Der MKZ in Stettin trat dann unmittelbar mit dem MKZ in Czestochowa fernmündlich in Verbindung, wo sich ein wichtiges Zinnwerk findet. Wir haben dann eine gewisse Menge Zinn erhalten, so dass die Arbeit fortgesetzt werden konnte. Wir leiden immer noch unter den Auswirkungen des Streiks in den Ostseehäfen im August, die die Belieferung mit Rohstoffen und Bestandteilen störten," erklärte Batura.

Die Wahlen in einen Betriebsausschuss von Solidarität in der Schiffsreparaturwerft von Parnica hatten bereits stattgefunden. Es waren 156 Kandidaten für einen Betriebsausschuss von 8 Leuten vorgeschlagen worden und in einer geheimen Abstimmung wurden dann die 8, die die meisten Stimmen erhalten hatten, gewählt. Alle von ihnen waren Mitglieder des ad hoc-MKS (Streikausschusses), der im September eingesetzt worden war, gewesen. Laut Krystosikia

„koexistieren wir mit der Parteigruppe in der Werft. Eine Zeit von vier Monaten ist viel zu kurz, als dass man von echten Änderungen sprechen könnte. Erreicht wurde allerdings eine gewisse Beruhigung in der Schiffswerft.“

Abgesehen von der unfähigen Betriebsführung beschwerten sich die Arbeiter in der Warski-Schiffswerft darüber, dass sie mit altmodischen Maschinen arbeiten müssen, wozu laut Kostrzewski 20 Jahre alte Drehbänke gehörten. Ein anderer Grund zur Klage ist der Arbeitsschutz. Nach dem polnischen Gesetz kann ein Arbeiter sich weigern, eine Arbeit auszuführen, wenn er der Auffassung ist, dass diese unsicher oder gesundheitsgefährdend ist, aber dieses Gesetz wird weitgehend übergangen, ganz besonders, weil das in der polnischen verarbeitenden Industrie weitverbreitete Akkordlohnsystem auf möglichst wenige Betriebs- oder Fertigungsunterbrechungen angewiesen ist.

In der Schiffswerft von Warski verfügt jeder Arbeiter über einen Kleiderschrank und Duschen und jeder ist verpflichtet, den Schutzhelm zu tragen. „Wir verfügen jedoch nicht über ausreichend Schutzkleidung, insbesondere Masken. Während die Ansteicher in einem Teil des Schiffes Farbe versprühen, sind in einem unmittelbar benachbarten anderen Teil des Schiffes Arbeiter ohne Masken mit anderen Arbeiten beschäftigt. Die Farbdämpfe sind höchst gefährlich und es ist häufig zu Vergiftungen durch Farbdämpfe gekommen. Sehr oft müssen die Schweißer in ausserordentlich engen und abgeschlossenen Räumen arbeiten und sie verfügen nicht immer über Absaugvorrichtungen, mit denen die an der Schweissstelle entstehenden Räuche abgesaugt werden könnten. Die von den Schweißern getragenen Schutzmasken kommen aus der Sowjetunion und bestehen aus einem Gewebe, das sehr sehr schnell verschmutzt“, erklärte Batura.

Solidarität habe einen Arbeitsschutzausschuss in der Schiffswerft eingesetzt, habe jedoch kein Mitbestimmungsrecht bei der Betriebsleitung, um dieses Problem zu lösen. „Wir hoffen, dass die Existenz von Solidarität dazu beitragen wird, die Beziehungen menschlicher zu gestalten und dass die Betriebsleitung der Schiffswerft verbessert werden wird“, fügte Batura hinzu.

Nasz rodowód - sierpień '80

SZCZECIN

JEDNOŚĆ

Rok I

Tygodnik NSZZ Solidarność
POMORZA ZACHODNIEGO

SOLIDARNOŚĆ

IN STETTIN WIRD EINE UN-
ABHÄNGIGE ZEITUNG HER-
AUSGEBRACHT

Stettin ist der Heimatort der ehrgeizigsten und fachlich bestaufgemachten Zeitungen und Nachrichtenblätter der Solidarität. Eine Gruppe von Leuten, bestehend im wesentlichen aus Rektoren und Studenten, bringt eine wöchentliche Zeitung "JEDNOSC" (Einheit) heraus, die von Fachleuten gesetzt und gedruckt wird. Sie bringen ebenfalls ein wöchentliches Nachrichtenblatt von Solidarität heraus mit Blättern im Mehrfarbendruck. Der Grund für die fachlich hochstehende Qualität ihrer Erzeugnisse ist darin zu suchen, dass sie eine staatliche Druckerei einsetzen können, im Gegensatz zu anderen Regionalbüros von Solidarität, die keinen Zugang zu den staatlichen Druckereien haben, entweder weil man ihnen Hindernisse in den Weg legt oder sie sich weigern, derartige Druckereien zu verwenden, denn dies kann zu einer Zensur führen, und teils auch weil sie eigene ganz unabhängige Druckeinrichtungen für die Solidaritätspublikationen entwickeln wollen.

Laut Miroslaw Latka und Jerzy Debniak, beides *Jednosc*-Redakteure, arbeiten sie eng mit dem Präsidium von Solidarität zusammen, doch gibt es keine eigentliche institutionelle Verbindung, wodurch sie der Oberaufsicht der Gewerkschaft unterstellt wären. Sie hoffen, dass sie im Januar mit einer Auflage von 200,000 Stück jede Woche *Jednosc* mit einem Umfang von 8-12 Seiten wieder drucken können. (Im Vergleich hat *Polytika*, die am meisten verkaufte nationale politische Wochenzeitung, eine Auflage von 450,000 pro Woche).

Sie zeigten mir einen fachlich tadellosen vollendeten Fotoabzug und erklärten mir, sie sammelten nun Material für die ersten Nummern. Sie erklärten, es würden vier bezahlte vollamtliche Leute bei der Herstellung von *Jednosc* und 12 weitere ehrenamtliche Leute eingesetzt werden. Dieses bemerkenswert kleine Team im Vergleich zu dem Ehrgeiz des Unterfangens will ebenfalls 50,000 Exemplare eines Solidaritätsbulletins für die Region herausbringen. "Es ist unser Ziel, die wahre Stimme des Volkes zu sein. In den Grossunternehmen haben wir einen Arbeiter, der uns mit Informationen aus dem Unternehmen beliefert oder selbst einen Artikel schreibt. Wir stehen in Verbindung mit führenden Intellektuellen in ganz Polen, werden aber unabhängig sein und eine kritische Einstellung zu dem haben, was wir schreiben."

Sie erklärten, die Warschauer Behörden hätten ihre Zustimmung dazu gegeben, dass *Jednosc* herausgebracht wird, und sie hätten mit dem Zensurbeamten des Wojewoda in Stettin ein korrektes Verhältnis. Es muss jedoch noch abgewartet werden, ob die Behörden es zulassen, dass 200,000 Exemplare einer völlig unabhängigen politischen Gewerkschaftszeitung allwöchentlich zum Verkauf aufgelegt wird.

Ebenfalls muss abgewartet werden, ob eine so winzige Gruppe ohne umfangreiche journalistische, druck- oder vertriebstechnische Erfahrung mit Erfolg allwöchentlich eine Zeitung herausbringen kann. Schliesslich ist nicht richtig abzusehen, welche Beziehungen eigentlich bestehen zwischen *Jednosc* und Solidarität. Auch ist nicht klar, ob man es mit dem Entstehen einer politischen Zeitung zu tun hat, die die von Solidarität seit August 1980 geschaffene Öffnung benutzt, oder ob eine Gewerkschaftszeitung im Entstehen begriffen ist, die sich zu den Zielsetzungen von Solidarität bekennt und unter deren politischer Kontrolle steht.

Der Hauptsitz von Solidarität und das Büro für die Gewerkschaft der Danziger Region befindet sich im Hotel Morski in einer sehr lebhaften Geschäftsstrasse, vier Kilometer von den Schiffswerften entfernt, wo im August die Streiks begannen. Das Hotel umfasst fünf Etagen, auf denen sich jeweils mehrere nun zu Büros umgebaute Zimmer befinden. Im Erdgeschoss liegt ein Sitzungszimmer, wo der nationale Vorstand von Solidarität jeden zweiten Mittwoch zusammentritt, (oder erforderlichenfalls häufiger). Die Vertreter der einzelnen Regionen von Solidarität nehmen an den Sitzungen teil. An dem Nachmittag, den ich dort verbrachte, waren rund 60 Leute anwesend und sassen in Einzelstuhlleihen. Im Hintergrund des Sitzungszimmers befanden sich Presseleute und im Verlaufe der ganzen Sitzung gingen Leute ein und aus.

Auf der Tribüne sass der stellvertretende Vorsitzende von Solidarität, Andrzej Gwiazda und der Sekretär des nationalen Ausschusses Andrzej Celinski. Letzterer, ein KOR-Mitglied, schien während der längsten Zeit die Sitzung zu leiten. Er führte die einzelnen Themen ein, erteilte das Wort und sorgte für Ordnung. Es lag keine eigentliche schriftliche Tagesordnung vor, und eine in westlichen Gewerkschaften übliche Geschäftsordnung schien es auch nicht zu geben. Die einzelnen Redner sprachen in einer offenbar vom Zufall abhängigen Art und Weise zu einzelnen Themen und einmal sprach Jacek Kuron sogar neben der Tribüne, indem er sich zwanglos gegen den Tisch lehnte, und wenige Augenblicke später nahm er dann wieder den Platz auf der Tribüne ein und amtierte als Vorsitzender in einer Debatte, in die er sich nur wenige Momente zuvor selbst eingeschaltet hatte. Nichtsdestoweniger erledigt man die Geschäfte. Es herrscht eine Atmosphäre, die wohl am besten mit der auf einer Massenversammlung herrschenden verglichen werden kann. Von dem sonst auf Gewerkschaftsversammlungen üblichen methodischen Durcharbeiten einer Tagesordnung war kaum etwas zu spüren. Der wichtigste Beschluss an jenem Tag war in der Morgensitzung gefasst worden. Er betraf die Veröffentlichung einer Erklärung, in der die Schaffung einer Kommission zur Verteidigung der Häftlinge aus Gewissensgründen angekündigt wurde.

Nachdem ich im Namen des Präsidenten, des Generalsekretärs und des Exekutiv Ausschusses des IMB eine kurze Grussbotschaft vorgetragen hatte, hörte ich mir die Beratungen des nationalen Ausschusses 90 Minuten lang an. Beim ersten Thema ging es um die Frage, wie die in den kleineren Betrieben zusammengetragenen Gelder verwaltet werden sollten und wer darüber verfügen könne usw. Es kam zu einem Wortwechsel zwischen den Vertretern im Saal und den Leuten auf der Tribüne. Schliesslich fasste Jacek Kuron die Aussprache zusammen, und diese Zusammenfassung und die entsprechenden Empfehlungen wurden dann in einer Abstimmung verabschiedet.

Die nächste Frage betraf den Film "Arbeiter 80", der von einer polnischen Filmgesellschaft über den Streik und die Verhandlungen im August 1980 gedreht worden ist. Obwohl mehr als 70 Kopien des Films hergestellt und vertrieben worden sind und dieser Film in Hochschulen und Vereinen in privaten Vorführungen sowie in öffentlicher Vorführung in Danzig gezeigt worden ist, hatte die Regierung angekündigt, dass der Film auf nationaler Ebene nicht öffentlich vertrieben werden dürfe. Leute, die den Film gesehen haben, erklärten mir, er sei eine ausserordentlich dramatische Darstellung

des Streiks vom August. Aus der Versammlung erhob sich dann Karol Modzelewski, der in Breslau beheimatete Intellektuelle, der zusammen mit Jacek Kuron im Jahre 1964 den Offenen Brief an die Kommunistische Partei unterzeichnet hatte, und schlug vor, man solle eine Erklärung herausgeben, in der das Verbot der Regierung verurteilt wird. Er war der Auffassung, dass eine öffentliche Vorführung des Films den Nachweis für die Bereitwilligkeit der staatlichen Behörden bringe, sich an die Danziger Vereinbarung zu halten. Ein Verbot der öffentlichen Vorführung des Films würde die Krise nur verschärfen.

Dann erhob sich ein Vertreter einer Region von Solidarität und schlug einen Abänderungsantrag vor, indem er erklärte, dass der nationale Ausschuss Streiks oder Kundgebungen wegen eines Verbots des Films nicht genehmigen würde. Die Diskussion mündete dann in die Frage, ob der Film vor seinem Verleih geschnitten worden sei. Einer erklärt, er spreche im Namen der weltberühmten Filmschule von Lodz, wo die Studenten ein Protest-Sit-In veranstalteten. Sie möchten einen Film drehen über die Ereignisse von 1956 und 1970 und wendeten sich an Solidarität mit der Bitte um Unterstützung des Vorhabens.

Sekretär Celinski bittet um Ruhe und fordert eine Beschlussfassung. Andere Redner erklären, dass die Erklärung von Modzelewski ausreiche. Man brauche nicht zu erklären, was man nicht zu tun bereit sei, sondern nur das, was man zu tun gedenke. Es kommt dann zu einer Abstimmung über die Erklärung und um nicht Gefahr zu laufen, dass der zweite Vorschlag bei einer Abstimmung abgelehnt wird, wird ein Antrag auf Schliessung der Debatte und Übergang zum nächsten Punkt gestellt und auch angenommen.

Unter den weiteren zur Diskussion stehenden Punkten befand sich die Mitgliedschaft in dem Ausschuss zur Wahrung der Rechte der Gefangenen aus Gewissensgründen, die Probleme, die durch die NSZZ in Jastrzebie aufgeworfen wurden, sowie die Vorkehrungen für den Ordnungsdienst bei der Enthüllung des Denkmals für die im Jahre 1970 umgebrachten Danziger Arbeiter.

Trotz mangelnder Struktur scheint der nationale Ausschuss von Solidarität ein echt repräsentatives Organ zu sein, das Beschlüsse fällt, die den Wünschen der Mitglieder nach offener Aussprache entsprechen. Am Vortag jeder Sitzung trifft sich die Gruppe der rund 12 einflussreichsten Führer von Solidarität und deren Berater, um die Geschäfte des nächsten Tages vorzubereiten. Auf der Sitzung selbst kann man beobachten, dass zahlreiche Vertreter an den entscheidenden Stellen der Beratungen ihre Kassettengeräte einschalten, um in den Regionen den dortigen Solidaritätsfunktionären den Verlauf der Debatte vorspielen zu können. Über seine beschlussfassende Funktion hinaus dient der nationale Ausschuss einem weiteren nützlichen Zweck, indem er den Regionalvertretern gestattet, einen Erfahrungs- und Gedankenaustausch über die Entwicklung der Solidarität im eigenen Bereich durchzuführen.

**GESPRÄCH MIT ANDRZEJ GWIAZDA,
Schiffswerftarbeiter und stellvertretender
Vorsitzender der nationalen Solidarität**

Können Sie mir als Einstieg eine Vorstellung davon vermitteln, was das nationale Komitee heute beraten hat?

Wir haben zunächst einen allgemeinen Überblick über die politische und wirtschaftliche Lage gehalten. Wir haben eine Erklärung herausgegeben, in der es heisst: "Die staatlichen und politischen Behörden haben erklärt, dass die Erfüllung der Verpflichtungen, die sich aus den Bündnissen des Landes und der internationalen Situation ergeben, voll und ganz gewährleistet ist. Die öffentliche Meinung, und dazu gehört auch die Gewerkschaftsbewegung, teilt diese Überzeugung vorbehaltlos."

Der zweite Beratungspunkt war die Einsetzung eines Ausschusses für die Verteidigung der Gefangenen aus Gewissensgründen. Es fand eine weitere Aussprache statt über die Einsetzung neuer Ausschüsse und darüber, wie die Arbeiter in denselben Industriezweigen koordiniert werden könnten. Die Frage der Verwendung der Mitgliedsbeiträge – 60% bleiben bei der betrieblichen Gewerkschaft, 15% bleiben in den Betriebsgewerkschaften als Reserve und 25% werden abgezweigt für die Regionalbüros und das nationale Sekretariat.

Das ergäbe für Solidarität wieviel?

Wir haben rund 10 Millionen Mitglieder. Der Durchschnittslohn beträgt 5,700, d.h. 5,7 Millionen Zlotys pro Monat. Ich bin der Auffassung, dass dies genügen sollte, um die verschiedenen Forschungsvorhaben und Untersuchungen zu finanzieren, wie auch um die Sachverständigen, die bisher als Freiwillige tätig waren, zu bezahlen, und auch um die Arbeitsinspektoren zu entlohnen. Dies ist allerdings noch Zukunftsmusik, denn das Beitragsaufkommen reichte bisher noch nicht aus.

Wie sehen die gegenwärtigen Beziehungen zu den Gewerkschaften aus, die sich umbenannt haben zu Unabhängigen Selbstverwalteten Gewerkschaften?

Wir fordern sie auf, mit uns zusammenzuarbeiten, anstatt in einer aggressiven Abwehrhaltung zu verharren. Natürlich würden wir es gerne sehen, wenn

es zu einer Zusammenarbeit käme, denn das wäre ja im Interesse beider Parteien.

In diesem Land scheint man grosse Angst davor zu haben, dass es hauptamtliche Funktionäre, eine bürokratische Struktur von Schreibkräften und Verwaltungsangestellten gibt, in den Augen der westlichen Gewerkschafter ist jedoch eine möglichst weitgehende Organisation aller Mitglieder undenkbar ohne einen derartigen Apparat.

Nun, wenn das alles sich richtig eingespielt hat, und wir tun ja, was getan werden muss, dann werden diese Ängste und Bedenken sicherlich ausgeräumt sein. Natürlich brauchen wir Sekretariate und Personal, aber sie wissen ja, auch Solidarität muss wie jede andere Organisation auch auf der Hut davor sein, dass sie von der Bürokratie nicht überrollt wird.

Wie stellen sich die Behörden zu Ihrem Wunsch, eigenes Material drucken zu wollen? Ist der Zugang zu den Medien leichter oder schwerer geworden?

Die Politik der Behörden ist die gleiche wie zuvor. Man gibt uns sowenig wie man kann.

Was ist mit dem Plan der Solidarität geschehen, ihre eigene Zeitung herauszubringen?

Nun, dies gehört ja zu der Danziger Vereinbarung. Wir stellen nun einen Stab zusammen und arbeiten eine redaktionelle Politik aus, und wir hoffen, dass wir Mitte Januar mit der Veröffentlichung der Zeitung beginnen können. In Stettin wird ja bereits *Jednosc* publiziert.

Kann Solidarität auf die polnischen Behörden einen Druck ausüben, offizielle Besuche bei Gewerkschaften ausserhalb Polens zu ermöglichen?

Wir haben sehr viele Einladungen erhalten, doch können wir Polen infolge der hier vorhandenen Arbeit unmöglich verlassen. Zwei unserer Mitglieder besuchen zur Zeit Madrid und Südamerika und wir werden den italienischen Gewerkschaften einen Besuch abstatten, wenn wir im Januar zu einem Papstbesuch nach Rom fahren. Aber hier sind wir ausserordentlich mit Arbeit überlastet.

Wäre es für Sie nützlich, wenn die westlichen Gewerkschaften versuchen würden, nicht etwa die Spitzenfunktionäre einzuladen, sondern Kollegen aus der mittleren Gewerkschaftsebene, die dann die Möglichkeit erhielten, Struktur, Organisation und Arbeitsweisen der Gewerkschaften ausserhalb Polens zu studieren?

Davon bin ich überzeugt. Wir haben ja kaum eine Vorstellung darüber, wie die Dinge bei Euch gehandhabt werden. Es laufen hier allerlei Gerüchte um über die Arbeitsbedingungen im Westen, über den Westen überhaupt. Die Leute, die früher in den Westen gefahren sind, haben dann offizielle und damit wohl auch ziemlich verzerrte Darstellungen des Lebens im Westen zu Papier gebracht, deshalb meine ich sollten wir selbst dorthin fahren, um einmal zu sehen, wie es wirklich ist.

Besteht irgendeine Möglichkeit, dass Solidarität oder wenigstens Teile davon sich irgendeinem Gewerkschaftsverband ausserhalb der kommunistischen Welt anschliessen?

Über diese Möglichkeit denken wir nach, aber sie hängt natürlich von den politischen Verhältnissen ab.

GESPRÄCH MIT JACEK KURON, Gründungsmitglied des KOR (Ausschuss für soziale Selbstverteidigung, gegründet im Jahre 1976) nun leitender Berater der nationalen Solidarität.

Kuron: Es ist ausgeschlossen, nun über die politische Lage von Solidarität zu sprechen. Die wirtschaftliche Lage des Landes insgesamt ist katastrophal. Die arbeitende Bevölkerung will höhere Löhne, doch ist eine Lohnerhöhung zur Zeit ausgeschlossen, weil eben nicht genug Geld vorhanden ist. Andererseits verschlechtert sich die Lebenshaltung zusehends. Es gibt nicht genug Lebensmittel und andere Erzeugnisse. Die Leute glauben, dass sie mit etwas mehr Geld besser über die Runden kommen. Einige Arbeiter wollen mehr Geld, um Güter kaufen zu können. Aber jene, die viel weniger haben werden, werden dann überhaupt nichts mehr kaufen können, weil alle Güter aufgebraucht sein werden. Daraus entsteht eine zunehmende Inflationsrate und eine Verschlimmerung der Krise. Wenn man bei den Behörden auf eine Erhöhung der Löhne drängt, dann bedeutet dies Streiks in allen Bereichen und damit auch eine Zunahme des Spannungszustandes.

Aber alle, mit denen ich gesprochen habe, behaupten, dass Solidarität nicht darauf aus sei, mehr Lohn herauszuholen, und dass Lohnforderungen eigentlich nicht mehr zur Debatte stünden.

Sie mögen das zwar behaupten, das bedeutet aber noch lange nicht, dass sie nicht daran denken. Sie haben mit Leuten gesprochen, die in der Organisation Solidarität aktiv sind. Sie haben ja nicht mit den Arbeitern gesprochen, die keine aktiven Mitglieder der Solidarität sind. Darüber hinaus können Lohnforderungen als Symbol angesehen werden für Dinge, die man nicht fordern kann. Vor dem Monat Juli habe ich mich bemüht, bei Gesprächen mit Ausländern klarzumachen, dass Geld nicht eine der entscheidendsten Fragen sei. Doch stellt sich nun heraus, dass die Geldfrage eben auch zählt.

Die Lage ist so, dass es infolge von Lohnforderungen zu einer Zerreißprobe kommen könnte. Die nationale Kommission hat eine Erklärung herausgegeben, in der die Leute aufgefordert werden, von Arbeitsniederlegungen und Forderungen nach mehr Lohn abzusehen und dass man eben abwarten müsse. Und nun ist man im Begriff, ein tarifpolitisches Programm auszuarbeiten. Natürlich können wir angesichts der Verhältnisse von einem derartigen Programm nicht mehr als ein Mindestmass abfordern, aber gleichzeitig wird es

doch für den Staat eine gewisse Gewähr bieten, in dem Sinne, dass durch Gewährung von Lohnverbesserungen ein Ausweg aus der wirtschaftlichen Krise gefunden werden kann.

Nun, es ist auffallend, dass man von Solidarität viel mehr verlangt als von irgendeiner Gewerkschaftsorganisation im Westen, gerade bei der Lösung von Gesellschaftsproblemen, bei der gerichtlichen Verfolgung der Leute, die für 1970, 1976 usw. verantwortlich sind.

In Tat und Wahrheit ist Solidarität zur Zeit nicht nur für das von Ihnen erwähnte verantwortlich, sondern für die Gesamtlage in Polen in dieser schwierigen Zeit. Was hier eintreten muss, und was die Leute erwarten, ist eine Umgestaltung der gesamten Gesellschaftsstruktur, denn ohne diese wird es unmöglich sein, die Wirtschaftskrise zu überwinden. Die Leute erwarten, dass es dazu kommen wird, zu diesem Umbau, dieser Neugestaltung der Gesellschaft.

Gleichzeitig ist dieser Umbau jedoch bei den Behörden nicht erwünscht, denn sie wissen nicht, wie das geschehen soll und verfügen auch nicht über die erforderliche Macht. Infolgedessen wird Solidarität, die einzige unabhängige Kraft, die etwas bewerkstelligen kann, die Behörden veranlassen müssen, diese Gesellschaft umzugestalten. Gleichzeitig kann die Solidarität natürlich nicht zu einer Regierung werden oder zu einer politischen Partei. Zur Zeit arbeiten wir bei der Solidarität nicht nur Gesetze betreffend Gewerkschaften aus, sondern auch solche über die Zensur, über die Mitwirkung in den für die Lebensmittelversorgung zuständigen Kommissionen und im Bereiche der Leistungszulagen. Solidarität ist in Tat und Wahrheit eingeschaltet in den ganzen Prozess der Wirtschaftsreform, und Solidarität ist sich voll bewusst, dass in diesen Bereichen gewisse Dinge vorangetrieben werden müssen.

Zum Beispiel bei der Kohleversorgung. Die Kohleversorgung ist keineswegs sichergestellt und die Verhältnisse sind zur Zeit so schlecht, dass die ganze Energieversorgung urplötzlich zusammenbrechen könnte. Wir müssen uns also vorbereiten auf den Übergang von einem nationalen System, zu einem regionalen System, und wir müssen herausfinden, was mit unserer Kohle geschehen ist, denn wenn wir keine Kohle kaufen können, müssen wir zumindest wissen, wo sich diese Kohle befindet.

Ist es deshalb rein theoretisch gesehen nicht unzutreffend, wenn man sagt, Solidarität sei eine Gewerkschaft angesichts der Tatsache, dass sie ungeheuer grosse soziale und politische Aufgaben übernehmen muss?

Solidarität ist schon eine Gewerkschaft, aber eine Gewerkschaft, die gezwungenermassen all diese anderen Dinge übernehmen muss. Wir werden uns bemühen, gewisse Gesellschaftsgruppen unabhängiger zu machen, damit sie diese zusätzlichen Verantwortungen übernehmen können.

So wird z.B. heute ein Ausschuss für die Verteidigung der Menschen geschaffen, die aus Gewissensgründen verhaftet worden sind, also der politischen Gefangenen. Es besteht nun eine Verbindung zwischen diesem Ausschuss und Solidarität und es gibt viele sehr bekannte Leute, die in diesen Ausschüssen tätig sind. Wir werden uns bemühen, diesen Ausschuss unabhängiger und eigenständiger zu machen.

Was halten sie von der Presseberichterstattung im Westen?

Wir sind natürlich über die im Westen erschienenen Presseberichte ausserordentlich empört, in denen es heisst, es bestünde in diesem Land Panik. Die Menschen in Polen, das angeblich gefährdet ist, sind sehr ruhig.

Welche Rolle spielen auf regionaler Ebene mittelfristig die Experten wie Rechtsanwälte und Lehrer, die als ehrenamtliche Funktionäre bei Solidarität tätig sind?

Das ist sehr unterschiedlich. In Tat und Wahrheit sind diese Leute nicht als Experten eingesetzt. Sie arbeiten lediglich als zusätzliches Personal. Sie führen Forschungsvorhaben durch, und in bestimmten Situationen sind sie berufen, sofort Beschlüsse zu fassen nach Rücksprache mit den Arbeitern.

Wie lange noch wird Solidarität auf dieser improvisierten freiwilligen Grundlage weitermachen können, sozusagen getragen von der Begeisterung von Amateuren?

Ich glaube so lange, bis die Gewerkschaften zu restlos anerkannten Einrichtungen geworden sind.

Können wir auf das spezifische Problem der Unterdrückung in den Jahren 70 und 76 zurückkommen, wo es unabdingbar ist, dass man den Leuten, die damals entlassen wurden, ihre Arbeitsplätze wieder sichert, aber gleichzeitig besteht ein ununterdrückbarer Wunsch danach, die Verantwortlichen von damals vor Gericht und ihre Missetaten ans Licht der Sonne zu bringen. Kann ein neues System auf der Grundlage der Rache aufgebaut werden?

Dies bedeutet nicht, dass wir gegenüber gewissen Leuten rachsüchtig wären. Wir dürfen aber nicht vergessen, dass es noch immer eine Machtstruktur gibt, in der gewisse Leute eingebettet sind und die sehr gefährlich ist und Solidarität erheblich schaden kann.

TREFFEN MIT LECH WALESA Wir hatten nur für eine sehr kurze Aussprache Zeit, da er soeben aus dem Amt des Wojewodas zurückgekehrt war, wo er mit Herrn Jedynak, einem Regierungsminister, Gespräche über das neue Gewerkschaftsgesetz geführt hatte. Vor seinem Büro stand eine lange Schlange von Leuten, die auf ihn warteten, denn er war den ganzen Tag vom Büro abwesend gewesen. Er liess die Leute jedoch einige Augenblicke warten, um mich zu begrüßen. Ich überbrachte ihm die besten Wünsche des Präsidenten, des Generalsekretärs und des Exekutivausschusses des IMB sowie die Solidaritätsgrüsse des IMB. "Gut" erklärte er, "wenn es Solidarität seitens des IMB gibt, dann haben wir für die Arbeiter zwei Solidaritätsorganisationen."

Lech Walesa spricht mit Fabrikvertretern während des August-Streiks.

Er ist ein sehr angenehmer umgänglicher Mann, der die Gabe hat, eine Atmosphäre der Ungezwungenheit zu schaffen. Er ist etwas weniger als mittelgross, hat dichtes, welliges Haar und trägt einen billigen Anzug mit einem Abzeichen der Heiligen Jungfrau Maria.

Sein Büro besteht aus einem Vorzimmer mit einer Sekretärin und einer Art Leibwächter, der ein wachsames Auge über die durch den Raum strömenden Leute hält, sowie aus seinem eigenen 12 Quadratmeter grossen Zimmer mit einem Abwaschbecken in einer Ecke, einem Tisch und zwei Stühlen, einer Garderobe, an der eine polnische Landkarte befestigt ist, ein Kruzifix und dem polnischen Adler an der Wand.

Ich erklärte ihm, dass die IMB-Mitgliedsgewerkschaften voller Bewunderung für den Kampf und die Errungenschaften der polnischen Gewerkschaften und von dem Wunsch erfüllt seien, ihrer Solidarität auf praktische Weise Ausdruck zu geben. "Wir brauchen mehr als Ihre Solidarität. Wir müssen Ihre Gedanken und Ihre Erfahrung teilen. Wir brauchen offene Kritik. Sie müssen uns sagen, was wir falsch machen und Sie sollten uns sagen, was wir tun sollten", erklärte er.

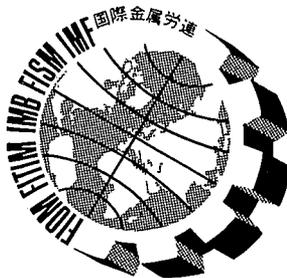
Sie hätten ein Interesse, am nächsten IMB-Kongress teilzunehmen. "Natürlich hängt dies von den Umständen ab, die dann herrschen werden. Wir sind in Polen so ungeheuer beschäftigt, aber grundsätzlich möchte ich gerne zum Kongress kommen. Ich möchte, dass mich Metallarbeiter der Solidarität begleiten, damit sie einen Erfahrungsaustausch pflegen können", erklärte Walesa.

Ich überreichte ihm dann das IMB-Abzeichen, das er sich anheftete, und er beauftragte mich, dem IMB seinen Dank und seine besten Wünsche zu übermitteln.



Wie aus dem übrigen Bericht hervorgeht, ist die Kapazität der Solidarität im Bereiche der Druckarbeit ziemlich gering. Im Danziger Hauptquartier z.B. gibt es nur 2 Druckmaschinen (Ricoh-Auto Printer 2600 und eine kleine Vervielfältigungsmaschine Multigraphics 1850 N), die mangels fachlicher Kenntnisse nicht benutzt werden kann, weil man mit den Maschinen keine entsprechende polnische Fassung der Bedienungsanleitung mitgeliefert hat und auch weil gewisse Bestandteile der Maschine fehlen. Ein ähnliches Problem besteht bei einer OCE 2100 Druckmaschine. In Warschau und Danzig sind ein paar einfache Tischoffsetmaschinen die einzigen Druckanlagen für die Erzeugung von Bulletins usw. Das Material ist maschinengeschrieben, d.h. dass bei der Vervielfältigung die Qualität sehr viel zu wünschen übrig lässt. In Danzig fehlt es darüber hinaus an Druckerschwärze für eine elektrische Vervielfältigungsmaschine Rex Rotary 850.

Laut Witek Luczywo, der die Druckerei der Solidarität in Warschau leitet, brauchen sie zur Zeit einfaches und technisch anspruchloses Druckgerät und Material. So wäre es z.B. möglich, eine elektronische Textverarbeitungsmaschine IBM über die IBM-Niederlassung in Warschau zu übersenden und die Maschine in Österreich zu bezahlen. Die besuchten Regionalbüros der Solidarität erklärten, dass man ihnen die Geräte direkt zusenden könnte und diese müssten dann verzollt werden. Zusätzlich zu den einfachen Offsetdruckmaschinen ist folgendes dringlich erforderlich: Druckerschwärze, (Rex-Rotary Original Dupink und Gestetner 460 in Tuben) Lösungsmittel zur Reinigung der Geräte, Matrizen, Heftklammern, Heftmaschinen, Schreibmaschinen, Kassettenrekorder mit Kassetten. Kleinere Geschenke wie Hefter, Kassettenrekorder, Druckerschwärze könnten direkt an die Regionalbüros der Solidarität gesendet werden. Der Versand grösserer Anlagen müsste koordiniert werden um Überschneidungen zu vermeiden. In Stockholm wird ein Koordinierungsbüro eingerichtet.



Herausgeber:

INTERNATIONALER METALLGEWERKSCHAFTSBUND

54 bis Route des Acacias

1227 Genf (Schweiz)

PRÄSIDENT: EUGEN LODERER

GENERALSEKRETÄR: HERMAN REBHAN

Gedruckt in der Schweiz vom IMB

Dokument 81 - 4